

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3.50 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Centralverband der Scharfmacher.

Die Scharfmacher planen etwas Außergewöhnliches. Sie wollen am Freitag in Berlin durch eine große Versammlung der etwas verfahrenen Zuchtshausvorlage wieder bessere Zukunftsaussichten eröffnen.

Wie weit der sündere Plan äußerlich glücken wird, werden wir morgen wissen. Aber das eine steht heute fest: daß sich die Regierung mit ihrer Socialpolitik gar keine Kompromittierenden Bundesgenossen denken kann.

Selbst den Arbeiterversicherungs-Plänen Bismarcks leisteten diese Industriemagnaten in wichtigen Punkten verbissenen Widerstand, obwohl sie damals im vollen Goldstrom der neuergatterten Hölle schwammen und um die Pfennigalmsen für ihre Arbeiter wahrlich nicht zu feilschen brauchten.

Die ganze Annäherung und Niedertracht dieses mächtigen Interessenklingels lernt man jedoch vor allem in der Geschichte des Arbeiterschutzes kennen. Schon Mitte und Ende der 80er Jahre kam es darum zu heftigen Zusammenstößen mit der damaligen Reichstagsmehrheit, die einige Verbesserungen in der Frauen-, Kinder- und Sonntagarbeit anstrebte.

Das vollständige Stöcken der Socialreform ist dann wesentlich dem wieder stärker anschwellenden Einfluß dieser Scharfmacher zuzuschreiben. Nachdem sie die „Geheimräte“ eingeschüchtert hatten — wozu nicht viel gehört —, begannen sie einen heiligen Kreuzzug für den allmächtigen Profit gegen die socialpolitischen Irrelehrer auf den Kathedern und Kanzeln.

Indes sind doch schon einige Vermutungsstropfen in den Freudenbecher gemischt. Die Versicherungspläne des Grafen Posadowsky sind nicht ganz nach dem Geschmacke der Scharfmacher, weil diese keine Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige und keine Mitwirkung der Arbeiter in Rentenstellen und ähnlichen Instanzen wollen.

Darum hat man auf Freitag mobil zu machen gesucht, was nur irgend für die Zwecke der Scharfmacher in Bewegung zu setzen ist. Vom Volke wird man freilich bei dieser Heerschau nichts gewahren.

Anfang nächster Woche bereits dürfte die zweite Lesung des Zuchtshausgesetzes beginnen. Die Großherren der Industrien versuchen die Einschüchterung der bürgerlichen Parteien, welche ängstlich zwischen den Befehlen jener und dem Horn der arbeitenden Klassen, zwischen den Feinden und den Freunden des Koalitionsrechts nach einer „Mittellinie“ trachten.

Mag aber die Wirkung der zuchtshausfordernden Demonstration auf die bürgerlichen Parteien eine starke oder eine geringe sein — der Arbeiterklasse und der Sache der Freiheit wird sie nur Förderung bringen. Sie wird die freilich längst jedem Zweifel enthabende Thatsache bestätigen, daß der Gesetzentwurf mit dem lieblich klingenden Beinamen „zum Schutze der Arbeitswilligen“ das schmachlichste Arbeitertrug-Gesetz ist, das je in deutschen Landen verfaßt wurde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November. Der Reichstag

erledigte heute in einer fünfthälbstündigen Sitzung den ersten, auf Porto und Zeitungstarif bezüglichen Teil des Postgesetzes. Die Debatte war sehr lebhaft und wurde von Mitgliedern aller Parteien geführt. Der Hauptstreit war um den Zeitungstarif, der alle privaten Interessen der Zeitungsbefitzer und Verleger entseufte.

Obgleich die Debatte eine sehr gründliche war und das Haus in seiner großen Mehrheit offenbar auf dem Boden der Kommissionsanträge stand, hielt der Berichterstatter Gasse, der „alldeutsche“ Stellvertreter des nach Amerika gewanderten — jedoch hoffentlich nicht ausgewanderten — „Kollegen“ Paasche, es für nötig, hundertmal Befagtes noch einmal zu sagen, ein Verfahren, von dem das ermüdete Haus nicht gerade erbaut war.

Die Abstimmung ergab, wie das nicht anders erwartet worden, im wesentlichen die Annahme der Kommissionsvorschläge mit dem Antrage Dieh und einem weiteren, die Postentnahmen etwas beschränkenden Amendement. Herr v. Podbielski schnitt zwar ein etwas saures Gesicht, er kann indes alles in allem mit dem Reichstag zufrieden sein.

Abgesehen von dem Zeitungstarif enthält das neue Postgesetz die sehr gemeinnützige Reform, daß das 10 Pfennig-Porto in Zukunft für 20 Gramm statt bloß für 15 Gramm gelten soll, und daß die Verminderung des Portos für Berlin von 10 auf 5 Pfennig von dem Leiter des Postwesens in bestimmter Aussicht gestellt ist.

Morgen, wo die Sitzung wieder um 1 Uhr beginnt, wird die Entschädigungsfrage zur Verhandlung gelangen und voraussichtlich scharfe principielle Auseinandersetzungen veranlassen.

Hinter verschlossenen Thüren

haben die Nationalliberalen in Hannover ihre Zuchtshausstränke gebraut — immerhin ein Zeichen, daß sie das Gefühl hatten, sich vor der Öffentlichkeit schämen zu müssen. Das Referat über die Zuchtshausvorlage hielt der einstige Bismarcksche Zeitungsgang, dann Chefredacteur der jetzt Schweinburg-Struppischen „Berliner Neuesten Nachrichten“, Jacobi. Es wurde mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution beschloffen:

Das Provinzial-Wahlkomitee erkennt den Zweck des Gesetzesentwurfes über den Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse — eine mißbräuchliche Ausartung der Koalitionsfreiheit in einen das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen vernichtenden Koalitionszwang zu hindern — als berechtigt an, spricht aber dabei die Erwartung aus, daß die nationalliberale Fraktion bei den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages dahin wirkt, daß Bestimmungen beseitigt werden, welche eine Vethätigung des Koalitionsrechts auch in den gesetzlich anerkannten Grenzen erschweren oder verhindern.

Diese Nationalliberalen, die nicht Bassermann folgen, treiben also das beliebte, aber darum nicht minder unwürdige Spiel, aus der heillosen eine scheinheilige Zuchtshausvorlage zu gestalten. Man will der Arbeiterbewegung zwar Handschellen anlegen, man ist aber zugleich so liberal, die Handschellen weich zu polstern.

Wir gestehen, daß uns die brutale Offenherzigkeit eines Stumm anständiger und angenehmer scheint als diese liberalen Augenverdreher, die ihren Klassenegoismus hinter wohlwollende Redensarten verdecken und doch nur deshalb die Brutalität mildern, um den Zweck des Ganzen — die Verhinderung der Streiks — durch die Erschleichung der Zuchtshausvorlage zu gewinnen.

Die liberalen Heuchler wissen, daß sie die ursprüngliche Zuchtshausvorlage nicht erziehen können, so versuchen sie es, einen „verbesserten“ Entwurf zu erlisten.

Hätte der Liberalismus noch etwas an seinem Rufe zu verlieren, so könnte er es mit dieser ekelhaften Komödie der Sicherung der Koalitionsfreiheit durch ihre Zerstörung.

Deutsches Reich.

Flottenfrage und Börsenkurse.

Die „Vossische Zeitung“ tritt in ihrem Handelsteil den Ausführungen des „Vorwärts“ entgegen, wonach die Flottenvorlage eine Kürzesteigerung der Papiere von Schiffswerften und Eisenwerken hervorgerufen habe. Auch die „Industrie“ — eine Fachzeitung für Kohlen, Holz, und Erzbau — beklagt sich über das Rechnungsfeld des „Vorwärts“, namentlich aber darüber, daß schon wenige Stunden später bürgerliche Blätter das Hauptergebnis der vom „Vorwärts“ angestellten Untersuchungen der Wirkung eines Flottenplanes auf die Kurie schmerzhaft ihren Lesern als politische Neuigkeit mitgeteilt hätten.

Es ist übrigens doch eine Unverschämtheit von der „Vossischen Zeitung“, jetzt plötzlich abzuleugnen, was die Börsenpresse und andere bürgerliche Zeitungen selbst Tag für Tag seit dem 17. Oktober bis zum 4. November in ihren eigenen Börsenberichten geschrieben haben.

In dem Bericht über den Verlauf der Börse am 27. Oktober schreibt die „Berliner Börsen- und Handelszeitung“ zum Beispiel, daß die Annahme, es würde eine neue Flottenvorlage an den Reichstag gelangen und dadurch der Industrie weitere reiche Beschäftigung gesichert werden, eines der Momente gewesen sei, die Kurse auf dem Montanaktienmarkt am 27. Oktober maßgebend nach oben zu beeinflussen. Am 1. November schreibt das Blatt: „Man recapituliert die jüngsten Generalversammlungsberichte der großen Bergwerksunternehmungen, verwies auf den kolossalen Bedarf Deutschlands an Kohlen, Coals, Roheisen, auf die Aus-sichten, welche durch eine neue Flottenvermehrungsvorlage eröffnet werden, auf die große Zahl der Bogenbestellungen seitens der Staatsbahn usw., und lam auf Grund dieser Thatsachen zu dem Schlusse, daß Deutschlands Industrie sich noch für längere Zeit einer glänzenden Entwicklung erfreuen werde, und daß die Kurse der Börsenpapiere noch einem wesentlich höheren Niveau zustreben, als sie augenblicklich einnehmen.“

In dem Börsenwochenbericht der „Kölnischen Volkszeitung“ wird die feste Lage des Montan-Aktienmarktes im Wochenbericht vom 3. November gleichfalls mit einem Hinweis auf die Vernehmung der deutschen Kriegsschiffe erklärt.

In der Wochenübersicht des „Berliner Tageblatt“ vom 4. November schreibt J. Wiener: „Die neuen Flottenprojekte kamen hinzu, die Kurse der Industrie-Aktien in die Höhe treiben zu helfen. Man leitete aus der angekündigten Vorlage nicht bloß die Aussicht auf Bestellungen für die deutsche Industrie, sondern, da zugleich mit der Vermehrung ausländischer Flotten, insbesondere der englischen gerechnet werden müßte, auch das Bevorstehen neuer Aufträge für

den Weltmarkt ab. Hierauf nun wurde solcher Wert gelegt, daß darüber die Rechte ignoriert wurden, die der deutschen Industrie daraus entstehen könnten, wenn nach den Absichten der Regierung die Mittel für die Vermehrung der deutschen Flotte durch eine Steigerung der Getreidezölle beschafft werden sollten, die unsere Industrie in ihrer Exportfähigkeit beeinträchtigen würde."

Der „Berliner Aktionär“ schreibt in seinem Wochenbericht vom 4. November, daß die in Aussicht stehende Flottenvermehrung um so mehr die manufakturindustriellen Dividendenpapieren günstig beeinflusst, als diese ein beherrschendes Hausmacht für die Steigerung der Aktien der Eisenwerke, Schiffbau-Anstalten und Maschinenfabriken bildete.

Wenn wir im Augenblick die in die kritische Zeit fallende Nummer der „Voss. Ztg.“ zur Hand hätten, so würde sich auch aus den Vorkursberichten dieses Blattes selbst ergeben, daß die in Sicht stehende Flottenvermehrung in der That die Kurse stark nach oben beeinflusst hat. Wenn nun nach so und so viel Tagen die „Voss. Ztg.“ mit der Parole kommt: „Es liegt nichts darin“, d. h. die Flottenvermehrung hätte keinen Einfluß auf die Börse gehabt, so läßt sich eben die „Voss. Ztg.“ in ihren eigenen Sack.

Kanal-Vortrag. Die Minister v. Miquel, Thielen, Wesfeld und Freiberger v. Hannover sind am Mittwoch dem Kaiser zum Vortrag über die Kanalvorlage erschienen worden.

Jetzt denn die Kanalvorlage noch? Wir leben doch jetzt in Marineplänen. — Ein erstes Reich — eine erste Flotte, mit diesen dröhnenden Worten hat General v. Poser in einer Sitzung der Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin, eine Ansprache gehalten. Herr v. Poser will, wie er jetzt erklärt, nur von einer starken Armee und einer starken Flotte geredet haben. Die „Germania“ aber behauptet mit Sicherheit, der General habe doch die obige Wendung gebraucht.

Wir verstehen überhaupt nicht, warum der General v. Poser den Ruf ablehnt, das aufstrebende Wort „Ein erstes Reich — eine erste Flotte“ gesprochen zu haben. Die Anhänger der Verwässerung Deutschlands, die Flottenverderber und Marine-Motippen haben doch nun einmal die Meinung, die in dem schändlichen Schlogwort einen sehr treffenden Ausdruck findet. —

Gegen das „unbare“ Flottenziel unserer Weltmachtspolitik. Die immer andere die Spielverluster tragen lassen, wendet sich die „Korrespondenz für Centralblätter“. Man müsse den Schwärmern Gelegenheit geben, auf dem Wege direkter Landessteuerung die Mittel für den Flottenplan aufzubringen.

Dann haben die Einzelregierungen das Flottenziel, das sie durch ihre Jagderei im Bundesrat locken helfen, zu ihrem Anteil selbst auszusprechen, und die Bevölkerungsklassen, die von der Flottenvergrößerung die direkten oder mittelbaren Vorteile einzunehmen gedenken, tragen dann wenigstens einen ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Teil der Kosten. Die Reichstagsmehrheit hat es kraft ihres Staatsrechts in der Hand, auf diesem Gebiet eine ausgleichende Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen.

Diese ausgleichende Gerechtigkeit würde wirksamer gelbt werden, wenn durch die Einführung einer progressiv-direkten „Reichs-Verkehrssteuer“ Militarismus und Marinismus bezahlt werden könnten. —

Genosse Albert Schmidt, der wegen Majestätsbeleidigung drei Jahre lang im Gefängnis ausdauern muß, ist mit 1980 Stimmen bei den Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg wieder in den Besitz des ihm gerichtlich aberkannt Mandats gelangt. Er erhielt die höchste Stimmenzahl, die überhaupt abgegeben worden ist. Ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahl! —

Unternehmer-Terrorismus. Der Ring der Spiritusfabrikanten, welcher mit dem 1. Oktober seine Geschäfte begonnen hat, beherrscht augenblicklich den Spiritusmarkt nahezu vollständig und mit tyrannischer Gewalt. So sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, einige Firmen, die in einer Versammlung in Frankfurt a. Main am 30. Oktober gegen die Ringbestrebungen in einer Resolution Stellung nahmen, mit Strafprämien durch die Spiritusverwertungs-Gesellschaft bedacht worden, die in der Wirkung einem Boykott gleichkommen. So wurde einer Firma mitgeteilt, daß, wenn sie sich nicht dem Ring anschleße, sie Spiritus nur mit 2 M. Heberpreis bekommen könne.

Juchthausvorlage gefällig? —

Das Postregal. Gegen die „Medienburgische Volkszeitung“ hatte die Ober-Postdirektion in Schwerin eine Klage anhängig gemacht. Der Verlag wurde beschuldigt, er hätte dadurch der Post Gelder hinterzogen, daß das Blatt nach einzelnen Orten an die Expedienten in Postpaketen gesendet und daselbst vom Postamt bis in die Wohnungen der Einzelabonnenten anders als durch die Reichspost, nämlich anstatt durch Briefträger durch Boten der Expedienten befördert werde.

Das Amtsgericht in G. s. r. o. w. hat nun den Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft, gegen den Verleger des Blattes und den Inhaber der G. s. r. o. w. Privatpost, dem der G. s. r. o. w. Expedient das Ausstragen übertragen hat, wegen Uebertretung des Postzeitungs-Gesetzes ein Strafverfahren zu eröffnen, abgelehnt. In dem Gerichtsbescheid wird ausgeführt, daß in der Art und Weise, wie die in G. s. r. o. w. abomierten Exemplare nach G. s. r. o. w. befördert und daselbst ausgegeben wurden, ein Verstoß gegen irgend ein Gesetz absolut nicht zu erblicken sei.

Der Verlag hat zugleich an die Reichstags-Abgeordneten eine Petition abgeandt und darin den Wunsch ausgesprochen, es möge in das neue Post-Zeitungsgesetz die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Reichspost nicht berechtigt ist, zu verlangen, daß innerhalb eines Ortes durch die Post dorthin beförderte Zeitungen nur durch Briefträger ausgegeben werden dürfen, sondern daß es vielmehr jedermann in Deutschen Reich frei steht, in seinem Wohnort unentgeltlich oder gewerbmäßig durch die Post verschickte Zeitungen sowohl an Wochen- wie an Sonntagen zu den für den Gemeinbetrieb freigegebenen Stunden auszutragen.

In diesem Sinne hat bereits die socialdemokratische Fraktion einen Antrag zum Postgesetz eingebracht. —

Die Politik der Strafe. Ein Eberfelder Lokalblatt citiert aus einem alten Kommentar zu dem berühmten Strafrechtswerke des Beccaria von dem Leipziger Professor Hommel (Weslau 1778) folgende Stelle:

Es verriät Mangel an Einsicht, wenn man durch nichts als Erhöhung der Strafen das Uebel zu dämpfen sucht. Ein Dieb weiß, daß er gehängt wird, aber er traut seinem Vorstande, daß er sich nicht werde ertappen lassen, und ohne diesen Umstand hängt man niemand. Demjenigen, der einen Dieb will hängen sehen, rate ich wohl mehnend, die Leiden zuzunützen und die Uhr im Ganze zu lassen. Denn es wird unter dem Galgen gestohlen, welches nicht möglich wäre, wenn die Härte und sichtbare Strafe etwas abzuhalten im Stande wäre. Wahrhaftig, wenn in Erhöhung der Strafe die Kunst der Regierung bestünde, so könnte jedem Diebstahls das Raub anvertraut werden. Ich will, was ich hierbei denke, recht offenkundig durch folgendes Beispiel erläutern: Einer, der nicht reiten kann und doch reiten will, bekommt ein störrisches Pferd. Er schlägt es so oft zu Tode, aber je mehr er den Stod gebraucht, je mehr geht es hinterwärts. Der andere, welcher die Kunst versteht, wie man Pferde regieren soll, und ihre Unarten kennt, steht dabei. Du bist ein einfältiger Mann, sagst er zu dem Reiter, und verbindet dem Pferde die Augen. Nun gehet es wie ein Lamm ohne Prügel und Sporen. Eben so viel kommt darauf an, daß ein Regent sein Führer versteht und den Uebersprung des Uebels wisse. Denn eher wird er ihm nicht abhelfen. Was soll man wohl also von fürstlichen Räten oder Rechtsgelehrten denken, die, wenn das Gesetz dem Verbrechen nicht steuert, weiter nichts zu sagen wissen,

als: Schläget heftiger! Nehmet den Knüttel! Immer besser! Dieses ist allenfalls die Philosophie eines Mannes, der Holz zu Markte fährt."

Dieser Artikel-Philosophie eines Mannes, der Holz zu Markte fährt, ist heute nach 120 Jahren, im Zeitalter der Juchthausvorlage der Jubelruf regierender Staatsweisheit. Man sieht doch das Jahrhundert die Mitte der Herrschaft nicht aufgeschloß, sondern hinter die schon im 18. Jahrhundert geführte Erkenntnis weit zurückgebracht hat. Die Wortführer sinkender Klassen sind immer nur in rein chronologischem, nicht aber in kulturellen Betrachtungen; welthistorisch sind sie Kampare längst überwundener Epochen. —

Verhaftung eines Deutschen in Rußland. Aus Kiel wird uns geschrieben:

Vor Jahr und Tag (s. Nr. 171 des „Genw.“, 1897) berichteten wir über die Verhaftung des Maschinenstrangmann vom Lübecker Dampfer „Ganja“ in Riga wegen angeblicher Einschmuggelung verbotener Schriften in Rußland. Die damals festgesetzte Kapitale angebotene Kaution von 8000 M. wurde scharf zurückgewiesen von den russischen Behörden und erst nach langer Untersuchungshaft wurde Strangmann gegen Kaution wieder freigelassen. Jetzt nach Jahren hat die „Ganja“ wieder russische Häfen angelaufen und weil angeblich neue Strafschriften eingeschmuggelt sind, ist Strangmann abermals von den russischen Behörden verhaftet. Dem deutschen Konsul soll die Wahrnehmung der Rechte des in Riga verhafteten Maschinenstrangmann übertragen sein. —

Weimar, 14. November. Die vom Abg. Wandert dem Landtag überreichte Verfassungskommission, in der gegen die beherrschende Handhabung des Vereinswesens protestiert wurde, ist demselben vom Landtags-Vorstand zurückgegeben worden. Und zwar aus dem seltsamen Grunde, weil die in der Resolution vorkommenden Worte, „mit schablonenmäßiger Begründung“ würden die Versammlungen verboten, eine Beleidigung der Regierung enthielten.

Der Landtags-Vorstand des Weimarschen Ländchens scheint es mehr als seine Aufgabe zu betrachten, die Unempfindlichkeit der Regierung als die Rechte des Volkes zu schützen. —

München, 14. November. (Sig. Ver.) In der Specialsitzung berief sich heute Genosse Adolf Müller auf eine jüngst erfolgte Verwaltungsmaßnahme zum Beweise, daß der Ausdruck „Klassenjustiz“ sich thatsächlich durch die Verhältnisse rechtfertigt. Durch das Hervorgehen der Juristen aus der Bourgeoisie sei eine Entfremdung mit dem Volke eingetreten und die Rechtsprechung finde immer weniger Anklang beim Volke. Beim letzten Justiztag sei eine merkwürdige Erscheinung zu Tage getreten, die principiellen Bedenken erwecken muß. Es scheint wohl, als ob man nach preussischem Muster gewillt sei, eine bevorrechtete Staatsanwaltschaft zu schaffen und Richter, die nicht Staatsanwälte waren, zu Richtern zweiter Klasse zu degradieren, wodurch eine große Unzufriedenheit hervorgerufen werde.

Justizminister v. Leonrod suchte vergeblich diese Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen. —

Aufstand in Kamerun.

Die früheren, dann abgelegenen Meldungen über neue Kämpfe im Hinterland von Kamerun werden nun doch bestätigt. Der Tod des Vizekonsuls v. Duceis, des Sohnes des konservativen Reichstags-Abgeordneten, ist durch das Kolonialamt festgestellt worden. Ein Londoner Telegramm des „V. Z.“ schildert die Situation also: Der Aufstand der Eingeborenen in Batanga und Kribi ist allgemein und sehr ernst. Die Eingeborenen sind vom kriegerischen Vultiamu. Alle deutschen und englischen Faktoreien ganz nahe an der Küste sind geplündert. 2000 Eingeborene aus dem Innern drangen bis Batanga vor, konnten aber, da sie ohne Boote waren, den Fluß nicht überschreiten, was das Leben der weißen Kolonisten in Batanga rettete. Der amerikanische Missionar Ford, welcher viele Vultiamu-Kämpfer kennt, wollte diese überreden, ins Innere zurückzugehen, wurde aber beschossen, als er überlegen wollte. Die Kolonisten verlangen die sofortige Entsendung von Truppen. —

Ausland.
Frankreich.

Die Kammerdebatte am Mittwoch bedeutet einen großen Erfolg der Regierung gegenüber den nationalistischen Schreibern und den Reichstagen. Besonders hat das erste Auftreten des Abgeordneten Galliffet die Reihen der Nationalisten und Monarchisten schwer erschüttert. Galliffets Ausführungen, die wir gestern nur kurz im Depeschenstil wiedergaben, lauten nach der „Allgemeinen Zeitung“: Er protestiere gegen die Worte Laflotte: Die Armee habe nicht das Recht, zu sprechen. (Wiederholter Beifall auf einer großen Anzahl von Bänken.) Er bedauere keine seiner Maßnahmen. Er trage auch ganz allein die Verantwortung, er allein habe alles vorbereitet und verfügt, und er würde es geben und falls auf neue thun. Die einzelnen Fälle sind folgende: Ich habe einen Offizier gemahnt, der die Disziplinlosigkeit eines Mitgliedes der Universität verheißt, das was mein Recht. (Rufen: Haure unterdrückt heftig und wird zur Ordnung gerufen mit Einschreibung ins Protokoll.) Galliffet: Desmichels hatte sich erlaubt, eine Tagesordnung zu erläutern, die er nur vorzulesen hatte — er wurde gemahnt. Mehrere höhere Offiziere wurden verfehrt, weil sie in einer Lage waren, wo sie leicht Unvorsichtigkeiten hätten begehen können. Der Oberst Saxe wurde verfehrt, weil er den Kriegsminister in einem Privatgespräch hincinzusetzen wollte. (Rufen rechts, Beifall links.) General Roge t sprach gut, aber er redete zu viel (Heiterkeit und Beifall links). General Harrischmidt sprach unvorsichtige Worte. Da er ein ausgezeichneter General ist, wurde er auf einen vorgeschobenen Kampfposten verfehrt. General Regier (mehrere Stimmen rechts: So lebe Regier!) hatte einen Oberst beauftragt, seinen Offizieren mitzutheilen, wenn die Regierung nicht handle, würden die Mitglieder des obersten Kriegsrats handeln. Das heißt Haß und Verachtung gegen die Regierung predigen. (Beifall links.) Ich habe von Regier Erklärungen gefordert; er wiederholte seine Verurteilung auf den Kriegsrat. Damit trat er aus seinen Rechten und Pflichten heraus. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Ich habe darum seine Verurteilung vorgeschlagen. Der oberste Kriegsrat ist deshalb nicht zusammengetreten, die Mitglieder desselben wissen, daß sie in Friedenszeiten nicht Werkzeuge des Unfriedens, sondern der Arbeit sind. (Beifall links.) Larochette-Fouvert, der dem Redner zuschreit: Und Sie sind das Werkzeug der nationalen Desorganisation! wird zur Ordnung gerufen. Grandmaison ruft aus: Sie wollen nur die Verzeihung der Kommune erlangen! Galliffet fährt in seiner Rede fort: Ich empfinde weder Bedauern noch Gewissensbisse wegen meiner Handlungen. Was Juristen anlangt, so hat die Regierung nicht geglaubt, ihn in Paris behalten zu sollen, sie bot ihm das 19. Armeekorps an, was Juristen jedoch ablehnte. Die Generale Hervé, Gioanninelli, Pierron und Langlois wurden verfehrt oder erhielten andere Ämter. Das Kriegsgesetz in Rennes arbeitete in vollständiger Freiheit. Ich habe mich sogar schamlos gezeigt, indem ich von meinen Rechten dem Regierungskommissar gegenüber, obgleich er mein Agent war, keinen Gebrauch machte. Niemals habe ich einem Prätendenten meine Hilfe angeboten, damit er das Amt an sich reiße, das die Regierung befehlet. Man sagt, ich hätte die Beleidigungen gegen die Armee geduldet. Man weiß aber doch, daß das Gesetz mich in dieser Beziehung machtlos läßt. Man hat mir meinen Tagesbefehl vorgelesen, ich würde ihn gegebenenfalls wieder erlassen. Auch meine Rede am Tage des Generals Draut hat man bemängelt. Kommt ich als Christ am Tage eines Christen anders sprechen, als ich es gethan habe? (Sehr gut! auf mehreren Bänken.) Galliffet schließt: Ich bin für die Wahrung der Heere verantwortlich, meine Handlungen sprechen für mich. (Beifall im Centrum und auf mehreren anderen Bänken, die Rechte lärm.)

Holland.
Wahlrechtsbewegung. Die Socialdemokratische Arbeiterpartei hat die Initiative ergriffen zu einer Bewegung für das allgemeine Wahlrecht. Auf einem Sonntag in Amsterdam abgehaltenen Delegiertenversammlung wurde ein niederländisches Komitee für das allgemeine Wahlrecht konstituiert. Zweihundert Organisationen waren durch Delegierte vertreten. Das Komitee wird gebildet aus Vertretern unserer Partei und weiter des Socialistenbundes, des Modifischen Bundes, des Vereins für Frauenwahlrecht, des Cigarrenarbeiterbundes, des Typographenbundes, des Konfessionsarbeiterbundes usw., während noch verschiedene Gewerkschaften ungewiss nachkommen werden. Beschlossen ist, bei den Wahlen von 1901 eine Wahlorganisation für diesen Zweck zu entsenden.

Italien.
Rom, 15. November. Deputiertenkammer. Zum Präsidenten wurde der Regierungskandidat Colombo mit 198 Stimmen gewählt; die Opposition stimmte für Biancherie, welcher 179 Stimmen erhielt. Die Majorität der Regierungsparteien ist also sehr gering und kann leicht umschlagen. —

Afien.
Er mordung zweier französischer Offiziere. Admiral Courtejoles telegraphiert aus Ananganau: Zwei Offiziere von der Station Pontas, die sich unvorsichtigerweise auf das jenseitige Ufer des Flusses begeben hatten, wurden von den Chinesen ermordet. Courtejoles nahm den Präfecten von Hainan gefangen und bemächtigte sich eines chinesischen Kanonenboots. Der französische Gesandte in Peking erhielt den Befehl, von dem Töthungshamen zu verlangen, daß die verantwortlichen Behörden zur Rechenschaft gezogen und die Schuldigen bestraft würden. —

Aus Tokio wird dem „Times“ vom 14. d. M. gemeldet: Das Gerücht von einer Reibung zwischen Rußland und Japan ist unrichtig, da gegenwärtig keine internationale Frage zwischen den beiden Ländern besteht. Allerdings gab es kürzlich einige Erregung, welche mit japanischen Kaufleuten in Zusammenhang stand, die über den Kopf Rußlands hinweg in Masampo (Korea) erfolglos waren, aber dies waren rein private Geschäfte, welche die japanische Regierung in keiner Weise berührten. —

Partei-Nachrichten.

Ueber den Parteitag in Hannover berichtete Auer in einer Parteiverammlung in Weerane in Saßfen. Er verbreitete sich in ausführlicher Weise über die Bernsteinfrage. Seine Stellung zu Bernstein sah er in die Worte zusammen: Meine Stellung zu Bernstein ist die, die Kautsch auf dem Stuttgarter Parteitage angenommen hat. Ich teile die Anschauungen Bernsteins nicht, aber wir können ihm für seine Kritik dankbar sein. Eine Debatte konnte nicht gepflogen werden, da die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde geschlossen werden mußte. Die Versammlung behandelte jedoch ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners durch lebhaften Beifall.

Parteiverfassungen in Durlach und in Beraach erklärten sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Auch eine solche in München, in der die Delegierten ebenso wie Genosse Wolmar sich über verschiedene persönliche Vorgänge auf dem Parteitage aussprachen, erklärte sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten einverstanden.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Schmölln (S. A.) segten unsere Kandidaten mit großer Majorität über die vereinigten Gegner. Die Liste der Socialdemokraten erhielt 120, 115 und 112 Stimmen, während die Gegner es nur auf 45, 50, 60 Stimmen brachten.

Die bremischen Parteigenossen veröffentlichten ihr Programm zu den Bürgerchaftswahlen. Es fordert das Wahlrecht zur Bürgerchaft auf der Grundlage unseres Parteiprogramms und unter Befestigung der Beschränkung auf verheiratete Bürger. Dann einjähriges Budgetrecht, Befestigung der Privilegien des Senats, Trennung der bremischen Gemeindeverwaltung von der Staatsverwaltung, Befestigung aller städtischen Ämter durch direkte Wahl, Aufhebung aller öffentlichen Gelder durch direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, Verstaatlichung des ganzen Transportwesens, der Hafenanlagen, Docks, Lagerhäuser, der Straßenreinigung, des Abfuhrwesens u. s. w. Für alle städtischen Arbeiter Gewerkschaftslohn- und Minimallohn von 4 M. per achtstündigen Arbeitstag und Ferien.

Weiter verlangt es unbeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Beamten, Errichtung einer Arbeitskammer mit unentgeltlichem staatlichem Arbeitsnachweise, Befestigung der Gesundheitsordnung, Verstaatlichung des Armenwesens, Verbesserung des Schulwesens mit Speisung und Bekleidung der Schulkinder, und stellt ferner eine Reihe hygienischer Spezialforderungen auf. Außerdem wird gefordert, daß die Bürgerchaft das Recht habe, dem Vertreter Weimans im Bundesrat Anweisungen für sein Verhalten zu geben.

Hätte Bremen das gleiche Wahlrecht, dann müßten die Forderungen der Socialdemokratie ernsthaft berücksichtigt werden, denn bei den Reichstagswahlen ist sie der Mehrheit der abgegebenen Stimmen ziemlich nahe gekommen. Unter dem gegenwärtigen Wahlrecht wird es aber noch lange dauern, ehe sie sich den ihr gefährlichen Einfluß erzwingen haben wird.

Landagitation. Im Wahlkreis Reichenbach-Neurode wurden an den letzten beiden Sonntagen 8000 Agitationskalender verteilt.

Wie sich die Zeiten ändern. In Eisenach feierte am Sonntag der socialdemokratische Verein sein zehnjähriges Stiftungsfest. Bei dieser Gelegenheit wurde ein interessantes Altenstück mitgeteilt. Als der Verein im Herbst 1889 unter dem Namen Volkverein begründet wurde, reichte er sein Statut bei dem Oberbürgermeister, jetzigen Bezirksdirektor Dr. Euden ein. Darauf erhielt er folgende Antwort:

Dem Vorstand des Volks-Vereins hier ist ein Stück des vorgelegten Statuts nach Kenntnisnahme mit dem Bemerkten zurückgegeben, daß es einer besonderen Genehmigung meinerseits nicht bedarf und daß ich dem Verein einen gesunden Geist und eine dementsprechende Entwicklung wünsche.

Eisenach, den 30. Nov. 1889.
Der Vorstand der Residenzstadt
Der Oberbürgermeister
Dr. Euden.

Heut erfreut sich die Socialdemokratie in Saßfen-Weimar einer Verfolgung, um die sie selbst die künftigen Saßfen beneiden können.

Totenliste der Partei. In Rannheim starb am Montag der Stadtverordnete Genosse F. A. Sattler, der seit langen Jahren hervorragend für die Partei thätig gewesen ist. Am gleichen Tage starb in Tanna in Thüringen der Genosse G. Sprang er nach langem schweren Leiden. Auch er hat freudig seine Kraft in den Dienst der Partei gestellt.

Amsterdam, 15. November. Wie schon gemeldet, war unser Genosse Troelstra verhaftet wegen absichtlicher Beleidigung des Staatsanwalts beim Recurver Gericht, des Grafen Schimmelpenninck, welche Beleidigung er begangen hatte, um bei der gerichtlichen Verhandlung einige Zeugen, welche die Unschuld der Brüder Hogerhuis bezeugen konnten, unter Eid vernehmen zu lassen. Das Urteil des Haager Gerichts lautete auf Freisprechung. Jetzt hat aber der Gerichtshof Troelstra in der Verurteilung eine Gefängnisstrafe von einem Monat auferlegt. Dieses Urteil findet auch bei einem großen Teile der liberalen Presse Billigung. Der Kassationshof, der Hohe Rat, wird noch zu entscheiden haben.

Gewerkschaftliches.

Verli und Ungeacud.

Achtung, Aushilfschneider! Ueber die Firma Q & W, Kochstr. 55, früher Mauerstr. 98, ist wegen Verlangung der Arbeitszeit die Sperre verhängt worden. Die Ortsverwaltung des Verbandes deutscher Schneider.

Deutsches Reich.

Aus dem „Schwarzen Kabinett“ der Rühmänner.

Vor uns liegt eine Anzahl „Schwarze Listen“ des Metall-Industriellen Verbandes. Diese „Schwarze Listen“, die alle Verbandsmitglieder gesandt werden, stützen sich auf den § 25 der Satzungen. Durch die „Schwarze Listen“ Nr. 20 und 21 vom 14. Juni dieses Jahres werden die Mitglieder angewiesen, auf Antrag des Vorstandes und des Leipziger Vereines 52 bzw. 48 Formate zu kopieren. Am 15. Juni wird eine Fortsetzung der Leipziger Kopierliste abgefordert, auf der weitere 15 Formate aufgeführt werden. Am 14. Juni werden außerdem 5 Arbeiter der Firma Raegels, Igl. Hofwagen-Fabrikant in Stuttgart, durch das Ausschreiben Nr. 22 auf den Index gesetzt. — Am 9. und 11. Oktober verenden die Tempelgelehrtenbesitzer von Cövelsberg und Wilsa in Westfalen Klagen, durch die insgesamt 89 Formate der Anshingering überantwortet werden sollen. Die Klagen hatten die Anfertigung Leipziger Streifenarbeit verweigert und schließlich ihre Kündigung eingereicht.

In der Resolution, welche die edlen Unternehmer der genannten zwei Orte annehmen, erlöst natürlich auch das Lied von dem Herrn im eigenen Hause. Wenn dem Verlangen der Arbeiter, die Leipziger Modelle nicht anzufertigen, nachgegeben würde, so hieße das das „Bestimmungsrecht in dem Betriebe“ aufgeben etc. Gut! Nun können die formale Ordnungsgemäß; sie haben doch auch das Recht, diejenigen Arbeiten anzufertigen oder zu verweigern, die ihnen nicht passen oder nicht zuzulassen. Und doch werden sie in Verzug erklärt und — soweit wenigstens, als der Wunsch der Unternehmer dabei in Betracht kommt — monatelangem Elend preisgegeben, damit sie misstbe werden und sich dem Unternehmertum fügen.

Wir machen den Unternehmern das Recht der „Schwarzen Listen“ nicht streitig, wir verlangen aber auch freie Bahn für die Arbeiter; warnen vor Jüngling und Streikposten ausstellen — das sind die Mittel, von denen den ausgiebigsten Gebrauch zu machen den Arbeitern erlaubt sein muß, wenn nicht das Koalitionsrecht ein leerer Schein sein soll. Selbst, wenn hierin die größte Freiheit herrscht, bleiben die Unternehmer mit ihren geheimen Bestrebungen und sonstigen Mitteln weitaus im Vorteil.

Societ ist zweifellos: Wer in so rigoroser Weise von seinen Kampfmitteln Gebrauch macht, wie unsere großindustriellen Schatzkammer, der hat das Recht der Verzug, über Terrorismus sich zu entziehen und nach Ausnahmegesetzen gegen die um Besserstellung ihrer Lage ringenden Arbeiter zu schreien.

Die Petition der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegen die Justizhandvorlage ist dem Bureau des Reichstages zugestellt worden; die Zahl der Unterschriften betrug 69 444.

Der Streik der Abbrucharbeiter in Hamburg hat größere Dimensionen angenommen. Gegenwärtig stellen 196 Mann mit 203 Kindern. Fast alle Arbeiter haben im Laufe der Woche die Arbeit eingestellt. Nur ganz vereinzelt besitzen die Unternehmer einen, höchstens zwei ihrer alten Leute (sog. Vizen). Die Ursachen des Streiks sind folgende: Vor ca. 6 Wochen sandten die Arbeiter ihren Lokaltarif an die Unternehmer mit dem Ersuchen um gefällige Mitäußerung. In diesem Tarif war für Abbrucharbeiter ein Lohn von 60 Pf. pro Stunde vorgesehen (bis jetzt wurde von 55—45 Pf. pro Stunde gezahlt), neben diesem war auch eine Arbeitszeit, wie sie sonst im Bauhandwerk üblich ist, vorgesehen. An eine Mitäußerung dachten die Unternehmer aber nicht. Auch die versuchte persönliche Rücksprache wurde abgelehnt, die Mitglieder der Lokalkommission entlassen. Die Unternehmer versuchen nun überall Arbeitskräfte zu erhalten, sogar durch Anschlag an öffentlichen Landstraßen, bisher nur mit geringem Erfolg. Der Zugang von Bauhilfsarbeitern nach Hamburg ist auf das strengste fernzuhalten.

Ausland.

Der Streik der italienischen Arbeiter beim Bau des Simplontunnels

Ist so begreiflich, daß man sich nur wundern muß, wieso es so lange dauerte, bis die Arbeiter endlich gegen die ganz schlimmen Arbeits- und Wohnungsverhältnisse rebellisch wurden. Es waren ursprünglich für die Arbeiter Löhne von 3 Fr. 60 Cent bis 4 Fr. für Vize, 3 bis 4 Fr. für Maurer und 3 Fr. 70 Cent bis 4 Fr. für Schmiede vorgesehen. Statt dessen gefällt sich die Unterfirma Maternini in Auszahlung weit niedrigerer Löhne. Sie bezahlt für 12stündige Arbeit im Maximum 3 Fr. 50 Cent., viele Arbeiter verdienen nur 2 Fr. 30 Cent., also noch nicht einmal 20 Cent. per Stunde, und dazu giebt es Arbeiter mit Rücksichten, die nicht mehr als 8 Fr. für 12 Stunden beziehen. Es ist nicht zu verwundern, wenn alle Arbeiter klagen. Die Firma sagt alsdann: „So geht doch, wenn Ihr wollt“. Einer geht — zwei andere warten darauf, ihn zu ersetzen. Die Arbeiter müssen sich bei ihrer Tätigkeit mit Laternen versehen; für deren Geldbedarf sie selbst aufzukommen haben, für eine Schaufel, die sie von den Unternehmern beziehen, berechnet ihnen die Firma 1 Fr. 80 Cent. Ganz unterschämmt verhält sich übrigens auch ein Teil der Walliser Bevölkerung gegen die Arbeiter. Diese suchen — so sagt der Walländer „Secolo“ — den größten Profit aus den „Touristen des Glens“ zu ziehen. Die Nahrungsmittel haben sich stark verteuert, so daß die Arbeiter keinen roten Kappen von ihrem Verdienste beiseite legen können. Das Petroleum kostet das Doppelte, das Holz muß fast mit Gold aufgezogen werden, und die Wohnungsmiete beträgt 25, 30, ja 45 Fr. pro Monat. Man muß diese Wohnungen gesehen haben! Es sind feuchte Zimmer zu ebener Erde, voll von Staub und Schmutz, in nächster Nähe der Jauche- und Mistgruben. In diesen alten Verschlägen pferchen sich die Italiener ein; vier, sechs, zehn, zwanzig in ein Zimmer, zu zweien oder dreien in einem Bett. Auch das Essen ist in keiner Weise geregelt. Einige Gruppen kochen selbst und beziehen die Konsumartikel gemeinsam von der Firma Maternini, die übrigens die Preise, wie sie jetzt üblich sind, fordert. Andere — und das ist der größte Teil — benutzen die von dem Unternehmer eingerichteten Küchen, wo sie für 60 und 80 Cent. den Morgenkaffee und die Mineisire zu Mittag und Abend erhalten. Auf allen diesen Gruben befinden sich die Simplon-Bahnarbeiter in einer jeder Menschenvürde höhnsprechenden Situation. Mit Schätzen voll Wasser kommen sie von der Arbeit, die Kleider kleben an der Haut, und in einem solchen Zustande müssen die Frauen nach Brugg hinunterwandern, wo sie die Wirtschaften oder ihre schmutzigen und kalten Zimmer aufsuchen.

Die bei dem Streik vorgekommenen Gewaltthätigkeiten ausländerischer Arbeiter werden von der Schatzkammerpresse weidlich ausgenutzt, um für die geplanten Ausnahmegesetze gegen die deutschen Arbeiter Stimmung zu machen. So berichten die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nach der als ultrareaktionär bekannten „R. J. B.“ wahre Schauererzählungen von den dort herrschenden Zuständen. Danach ist Mord und Totschlag an der Tagesordnung. Ein junger Italiener, der jedoch über den Simplon gekommen sei und Arbeit habe suchen wollen, sei ohne weiteres niedergeschossen worden; in den Versammlungen werde „Blut und Tod“ gerufen.

Inwieweit diese Schauererzählungen richtig sind, läßt sich bis jetzt nicht kontrollieren, die Quelle, aus der die „Neuesten“ geschöpft, ist eine wenig saubere. Aber wenn auch alles zuträfe, was berichtet wird, so beweist das nichts für die deutsche Justizhandvorlage. Der Versuch der preussisch-deutschen Reaktion, Verbrechen, die im Ausland begangen, für Ansehensgegenstände gegen die deutsche Arbeiterklasse zu fruchtigieren, ist ebenso alt, als ungeschicklich. Die Gewaltthätigkeiten der italienischen Arbeiter würden, wenn auch nicht zu

entschuldigen, so doch leicht zu erklären sein. Eine Erklärung bringt das Kanonenblatt, anscheinend recht widerwillig, selbst bei, indem es schreibt:

„Nebenbei verzeichnen wir nach dem obigen genannten Schweizer Blatt auch die Meldung aus Belgien, nach dem in der dortigen Pöbelerschaft Stimmen der Mißbilligung, daß die Bauunternehmung auch nicht auf ein einziges Begehren der Arbeiter eingegangen sei, a. B. nicht auf die nicht unbillige Forderung, daß die Leute, welche an der Halde im Freien während des Winters zu arbeiten haben, nur acht Stunden wachen sollen.“

Die schmächtige Ausbeutung, der sie unterworfen sind, macht sie erbittert gegen die Arbeiter derselben und auch gegen die, welche durch Weiterarbeiten ihre Anstrengungen für ein besseres Loos zu vereiteln drohen. Am meisten aber kommt in Betracht, daß es sich hier um vollständig unorganisierte Elemente handelt. Organisierte Arbeiter führen den Kampf, den sie gut vorbereitet haben, ruhig, ohne Erregung, und gestalten ihn so viel wirkungsvoller. Diesen wohl vorbereiteten, gut organisierten Kampf fürchten die Unternehmer am meisten, Gewaltthätigkeiten sind leicht nieder zu drücken.

Eine Massenandrangung von Textilarbeitern haben die Fabrikanten in Jizickau i. B. vorgenommen; es kommen 2000 Arbeiter in Frage. Die Arbeiter hatten die Forderung des Fehntagearbeiters gestellt.

In dem größten Schnellsohler-Geschäft von Lang u. Eisen in Zürich haben die ca. 10 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Eine ihrer wichtigsten Forderungen ist die Reduktion der täglichen Arbeitsleistung von 10 auf 6—8 Paar Sohlen. Eine gemeinschaftlich von der Schuhmacher-Gewerkschaft und dem Schuhmachermeister-Verein einberufene öffentliche Schuhmacherversammlung beschloß, daß jeder Meister pro Woche 1 Franc zur Unterstützung der Streikenden beizutragen soll. Dieser überraschende Beschluß ist auf den Haß und Kampf gegen die ruinöse Konkurrenz der Schnellsohlerien zurückzuführen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Assistentin der Gewerbe-Inspektion in Württemberg soll nach einer Meldung der „Frauenkorrespondenz“ nicht die Ehefrau eines Fabrikdirektors, sondern die Witwe eines solchen sein. Die Dame, Namens Marie Grünau, sei bisher Diktatistischerin bei der Kammer der Standesherrn gewesen. Damit würden ja die gegen sie erhobenen Bedenken zunächst wegfallen und es wäre abzuwarten, wie sie sich bewährt.

Frauen im öffentlichen Dienste. In den Regierungs-Departements in Washington waren 1898 vierzig Prozent aller Angestellten Frauen. Während früher die Frauen fast ausschließlich leichtere Arbeiten zugewiesen erhielten, macht man jetzt bei Zuweisung von Arbeit überhaupt keinen Unterschied mehr. In den letzten paar Jahren hat man Frauen sogar an die Spitze von Unterabteilungen gestellt, und dieselben werden ganz zur Zufriedenheit der Departementschefs geleitet.

Von den 70 000 Postämtern in den Vereinigten Staaten befinden sich etwa 7000 in den Händen der Frauen. Doch sind dies meist kleinere, von den 650 großen Postämtern werden nur fünf von Frauen geleitet.

Sociales.

Das Museum für Unfallverhütung scheint Herr v. Posadowsky für eine ganz besondere That zu halten. Die gestern die „Berliner Korrespondenz“, so fallen heute auch die „Berliner Politischen Nachrichten“ über uns her wegen der Kritik, die wir an dem Plane zu üben uns erlaubten. Hatte die „B. K.“ Beschwerden darüber, daß wir uns bei unserer Kritik ihrer eigenen Worte bedienten, so machen uns die „B. P. N.“ einen Vorwurf daraus, daß wir statt des schönfärbereischen offiziellen Ausdrucks „Museum für Arbeiter Wohlfahrt“ den richtigeren und weniger präntiosen Ausdruck wählten, der auch an der Spitze unserer heutigen Notiz gebraucht ist. Unser Zweck soll sein, die Leser nicht erkennen zu lassen, daß es sich hier um eine Einrichtung von viel weittragender Bedeutung handle, welche einen Anhaltspunkt für alle Bestrebungen auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt überhaupt bilden sollte.

Die „B. P. N.“ mögen verzeihen — wir wenden nicht gern so allgemeine Ausdrücke an, wenn wir nur von Einzelheiten reden; wollten wir von den Posadowskyschen Bestrebungen auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt reden, dann müßten wir selbstverständlich auch das Justizausgesetz gedenken, das ja ein so integrierender Teil dieser Bestrebungen ist. Das haben wir im vorliegenden Falle nicht für nötig gehalten und deshalb nur von Unfallverhütung und nicht von Wohlfahrtsbestrebungen gesprochen.

Die Durchführung des neuen Invalidengesetzes verursacht noch eine ganze Anzahl geschäftlicher Maßregeln. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vertreter beteiligter Behörden wurde gestern über die Geschäftsanweisung für die Vorstände der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Versicherungs-Anstalten betreffend die Auszahlungen durch die Post verhandelt. Der vorliegende Entwurf verfolgt den Zweck, gemäß einer dahingehenden Resolution des Reichstages eine möglichst erleichternde in dem Verkehre der Versicherungsanstalten mit der Postverwaltung und letzterer mit den Rentenempfängern herbeizuführen. Er sieht deshalb teils in der Rentenerhebung, teils in der Auszahlung eine Reihe wesentlicher Vereinfachungen vor und fand, bis auf ganz untergeordnete Punkte, die allgemeine Zustimmung. Der Vertreter des Reichs-Postamts teilte mit, daß die Reichs-Postverwaltung befreit sein werde, weitere Erleichterungen in der bezeichneten Richtung namentlich auf dem Lande herbeizuführen, soweit nicht etwa die zur Zeit angeordneten Ermittlungen die Unausführbarkeit solcher aus technischen Gründen ergeben würden.

Nach offiziöser Meldung ist dem Bundesrate der Entwurf zu einer kaiserlichen Verordnung zugegangen, welche in Ausführung des § 110 Abs. 4 des neuen, am 1. Januar 1900 in Kraft tretenden Invalidenversicherungsgesetzes die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Verwaltungsamtes regelt. Die bisherige Verordnung hat zu Wünschen nach Änderung keine Veranlassung gegeben. Der neue Entwurf unterscheidet sich von der letzteren daher nur insoweit, als dies durch die im neuen Gesetze getroffenen und bei der Ausführung zu berücksichtigenden Modifikationen geboten ist. Er dürfte in kurzer Zeit im Bundesrate zur Erledigung gebracht werden.

Sanarbeiterlohn. Der Regierungspräsident in Erfurt hat folgende Verordnung erlassen:

„Vom 15. November bis 15. März dürfen Stuccateur-, Putz- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster geschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung dieser Verschlässe ist für genügend zu erachten. — In Räumen, in denen offene Coalsfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen, sie dürfen vorübergehend von den die Coalsföhrde beaufsichtigenden Personen betreten werden.“

Gewerkschaftliches.

Der Kaufmann Richard Frank hat sein Dienstmädchen Johanna Ziffel bekanntlich gezwungen, sich vor ihm völlig zu entleeren und ihm dann mit einem Stock eine ganze Anzahl Schläge über das Gesicht verabsolut. Frank sollte sich wegen dieser Rohheit gestern vor der 131. Abteilung des Schöffengerichts verantworten. Er gab die verübten Rohheiten zu, entschuldigte sich aber mit der Ausrube, daß das Mädchen in seiner Abwesenheit vom Hause einen hiesigen Lebenswandel geführt habe. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da noch weitere Zeugen in der Sache vernommen werden sollen.

Die Bluthat in Plumberg wird heute das Schwurgericht am Landgericht II beschuldigen. Der verheiratete Arbeiter Neuhm aus Bernau hat bekanntlich am 23. Juli die 19jährige Auguste Krüger, mit der er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, dadurch ermordet, daß er sie auf der Landstraße überfiel und ihr den Kopf abschnitt. Der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Buchs verteidigt.

Polizei und Arbeitervergütungen. Auch in Lüneburg haben die Gewerkschaften ein Kartell geschlossen, dessen Aufgabe es ist, die Interessen der organisierten Arbeiter zu vertreten. Das Kartell hielt nun eines Tages im Lokal des Gastwirts G. ein Vergütungsab, das sich der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen hatte. Man hatte mit Rücksicht auf den Charakter des Festes es für überflüssig gehalten, die nur für öffentliche Tanzlustbarkeiten vorgeschriebene polizeiliche Erlaubnis nachzusuchen. Die Behörde dachte G. als den Inhaber des Lokals mit einem Strafmandat. Sie machte geltend, daß es sich hier um eine öffentliche Tanzlustbarkeit handle, und daß G. deshalb gemäß der entsprechenden Vorschrift in einer Regierungs-Polizeiverordnung vorher um die polizeiliche Erlaubnis hätte einkommen müssen. G. beantragte richterliche Entscheidung. Er bestritt, daß das Vergütungsab öffentliches gewesen sei, und führte noch aus, er wäre selbst dann nicht strafbar, wenn man es im vorliegenden Falle wirklich mit einer öffentlichen Lustbarkeit zu thun hätte. Er habe ja nur den Saal hergegeben und sei bei der Veranstaltung an sich ganz unbeteiligt. Schöffengericht und Landgericht verurteilten ihn jedoch, indem sie die Geldstrafe aufrecht erhielten. Das Landgericht betonte, daß an dem Vergütungsab Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften und andere Personen teilgenommen hätten und daß daher der Kreis der Teilnehmer ein unbegrenzter gewesen sei. Damit habe aber das Fest die Eigenschaften einer öffentlichen Veranstaltung erlangt. G. legte nunmehr die Revision ein und wiederholte seine früheren Einwendungen. Der Strafsenat des Kammergerichts hob dem auch die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das Landgericht zurück. Der Senat war allerdings der Meinung, daß der Vorkerichter mit Recht das Vergütungsab als eine öffentliche Tanzlustbarkeit behandelt habe; er hielt aber für nicht genügend darzulegen, daß der Angeklagte G. als „Veranstalter“ zu betrachten sei. Nur als solcher wäre er nach Ansicht des Senats strafbar. Das Landgericht soll die Thatsachen nachprüfen.

Die der Arme bestraft wird. Ein Bild tiefsten menschlichen Elends entrollte die Verhandlung gegen die Eheleute M. in Elberfeld. Sie hatten ihren Mietzins nicht bezahlen können, waren von dem Hausherrn vor die Türe gesetzt worden und irrten daher längere Zeit obdachlos in der Welt umher. Leer wie die Tischen war ihr Magen, der Hunger quälte sie, noch weher aber that das Schreien und Wimmern des hungernden Kindes, dem die Frau erst vor einigen Wochen das Leben gegeben hatte. Da reiste in dem Manne — es war eine kalte regnerische Oktobernacht, als sie ziel und planlos durch die Straßen Solingen dahinschliefen — der Entschluß, sich des Kindes zu entledigen, hoffend, daß sich hamzerige Leute finden würden, die sich des Wärmens annähmen. In der Wirtshaus der Witwe N. war noch Licht, und Stimmengewirr sagte ihm, daß noch Gäste da seien. Er schlich sich in das Haus, legte das Kind in eine Ecke und entfernte sich dann eilig. Die Frau war schon vorgegangen. Das Kind wurde von den Gästen gefunden und zur Polizei gebracht. Die Eltern hatten sich nun wegen Auslieferung des hilflosen Kindes zu verantworten. Die Strafkammer ging weit über das Strafminimum hinaus, sie verurteilte den Mann zu einem Jahr, die Frau zu acht Monaten Gefängnis.

Das Schwurgericht des Landgerichts II hat noch so viele spruchreife Thatsachen zu erledigen, daß es nötig sein wird, noch eine außerordentliche Tagung im Monat Dezember einzuschalten. Voraussichtlich wird in dieser Periode auch die kürzlich vertagte Verhandlung gegen die geschiedene Buchdruckerei-Arbeiterin Buchwald sowie den früheren Konzlebiatar Palm aus Schmargendorf wegen Gattenmordes bzw. Anstiftung dazu nochmals zur Verhandlung gelangen. Den beiden Verteidigern, Rechtsanwältin Dr. Vincus I und Dr. Werthauer, hat sich als dritter noch der Rechtsanwalt Dr. Schöps hinzugesellt.

Aus Halle a. S. meldet man uns: Im Fall Hoensbroech steht nun doch zum Donnerstag, den 16. November, vor dem hiesigen Schöffengericht Termin an. Es handelt sich um eine Privatdeliktverhandlung, welche von dem aus der Privatvermittlungskammer bekannten Herrn v. Wolowin gegen den Herrn Professor Dr. Wehshlag von hier angeklagt worden ist. Professor Wehshlag soll in den „Deutschen Evangelischen Blättern“ anlässlich der Diskussion über den Fall Hoensbroech dem v. Wolowin Erpressungsversuche vorgeworfen und für v. Hoensbroech Partei ergriffen haben. Die Verteidigung für Professor Dr. Wehshlag führt Rechtsanwalt Dr. Reil von hier.

Veranstaltungen.

Der Wahlverein für den 2. Wahlkreis hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung bei Widel in der Hasenheide ab. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein war das Thema, worüber Herr Schütte einen geschichtlich interessanten Vortrag hielt und die Zuhörer mit besonderer Aufmerksamkeit fehellte. Gerade in der gegenwärtigen Zeit sei es wohl angebracht, die neu heranwachsende Generation daran zu erinnern, unter welchen Geburtdrücken und Kämpfen die deutsche Arbeiterbewegung entstanden; wie versucht worden sei, sie zu unterdrücken, und wie sie schließlich bis zu ihrer heutigen Stärke gelangt sei. Eine Diskussion wurde nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht beliebt. Der Vorsitzende Kusche ersuchte die Genossen, nicht nur für die fernere Ausbreitung des Wahlvereins, sondern, in anbetragt der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl, eine rege Agitation zu entfalten. Jakob macht darauf aufmerksam, daß für den 7. Bezirk am künftigen Sonntag eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wolowinsky behauptet, daß die an die Wahlvereins-Mitglieder gratis zu verteilenden Protokolle vom Parteitag noch nicht verabsolgt wurden. Kusche erwidert darauf, daß diese Protokolle schon bestellt und nur noch nicht eingetroffen waren. In den bekannten Bahnhallen des Wahlvereins können sie nun von den Mitgliedern am Sonnabend, den 18. November, in Empfang genommen werden. Zum Schluß wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß für den zum Sonntag, den 19. November, geplanten Besuch der Sternwarte in Treptow Einladungen, gültig bis zum 31. Dezember d. J., reichlich bestellt und von den Mitgliedern benutzt werden mögen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Ostern) hielt am Dienstag im Lokal „Königsbath“ eine Generalversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Nach dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Genosse Schneider gab, fanden im letzten Halbjahre 6 Vorstandssitzungen und 5 Vereinderfassungen statt. In den Sitzungen des Vorstandes hat man sich vorzugsweise mit dem Ausbau des Wahlvereins beschäftigt; leider habe der Erfolg, wie Schneider anführt, lange nicht den Erwartungen entsprochen, so daß es den Parteigenossen nicht dringend genug ans Herz gelegt werden könne, in jeder Beziehung agitatorisch für den Wahlverein zu wirken. — Durch den Tod verlor der Verein vier Mitglieder, deren Andenken die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Am Schluß bittet Redner, daß die Genossen in Folge sich rühriger an dem Verteilen der Flugblätter beteiligen mögen. Ueber den Bestand der Kasse berichtet Franke. Die Einnahme infolge des Vorstandes von 252,22 M., vom 10. April betrug bis zum 29. Oktober 254,82 M.; die Ausgabe, worunter 1200 M. für Agitation und 225 M. für die Broschüre über die Justizhandvorlage figurieren, beziffert sich auf 2128,80 M., so daß ein Bestand von 225,82 M. zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder beträgt 2109. Leider mußte ein bedeutender Teil der sämtlichen Zahler gestrichen

werden; inklusive der Abgereisten und Verstorbenen beträgt deren Ziffer 913. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt.

Aus der nun folgenden Vorstandswahl gingen folgende Genossen hervor: Als 1. Vorsitzender Schneider, 2. Vorsitzender Quinling; 1. Schriftführer Tempel, 2. Schriftführer Pohl; 1. Kassierer Thiele, 2. Kassierer Enders; Beisitzer Lefebvre; als Revisoren fungieren Hennig, B. Schulze und Döring. Unter „Vereinsangelegenheiten“ giebt der Vorsitzende bekannt, daß diejenigen Genossen, die pro Oktober ihre Beiträge entrichteten, das Protokoll der Verhandlungen des letzten Parteitagess unentgeltlich in Empfang nehmen können.

Zu längerem Auseinandergehen kam es über einen Antrag Dörings, welcher besagte, daß Beiträge für die Folge in Versammlungen nicht mehr entgegengenommen werden sollen. Einerseits wurde ins Feld geführt, daß das Kassieren stets die Verammlung störe und die Genossen von den Verhandlungen ablenke; auch sei es leichter, in den Zahlstellen unter den Genossen für die Partei agitatorisch zu wirken. Dem wurde entgegengestellt, daß man nicht kategorisch vorgehen solle und den Mitgliedern die Gelegenheit nehmen, bequemerweise — was ja auch vor der Versammlung geschehen könne — ihre Beiträge zu entrichten, im übrigen, so betonte ein Redner, habe es mit dem „Restaurations-Socialismus“ sein Bedenken. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf beantragte Pankow, das vom Parteivorstand herausgegebene Flugblatt, welches Anweisungen und Hinweise bezüglich des Verhaltens beim Verteilen von Flugblättern giebt, den Mitgliedern zugänglich zu machen; die Versammlung stimmte diesem zu. Ein Antrag Zimmermanns, noch in diesem Jahre einen allgemeinen Besuch der Sternwarte Treptow zu unternehmen, wurde abgelehnt. Es hielt nun Genosse Stadtverordneter Hoffmann einen Vortrag über „Auf was wir stolz sind“, wofür ihm wiederholt der Beifall der Versammlung wurde. Eine Diskussion fand nicht statt; am Schlusse ersuchte Genosse Schneider, eingehend seiner Worte es nicht zu unterlassen, für Stärkung der politischen Organisation und regen Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Der Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im Kolberger Salon seine Generalversammlung ab. Das Andenken der verstorbenen Genossen Stropff, Vogt, Wagner, Klumpe, Richter, Jacoby, Knüttler und Kube wird in der üblichen Weise geehrt. Aus dem Vorstandsbericht, den der Genosse Kiesel erstattet, ergibt sich, daß im verflochtenen Vierteljahr je zwei Versammlungen in der Stadtteilen Roabit, Wedding, Schönhauser Vorstadt und eine Versammlung in der Oranienburger Vorstadt stattgefunden hat. Außerdem fanden fünf Vorstandssitzungen statt und zwei Bezirksführer-Konferenzen. Drei Mitglieder haben ihren Austritt erklärt: Heinrich, Willmann und der Gastwirt Bruno Herzog. Die Gründe für den Austritt sind nicht bekannt. An Broschüren gelangten im verflochtenen Jahr zur Verteilung: 900 Buchhausvorlage im Reichstags-, 500 Dresdener Buchhausvorlage, diese beiden gratis, und 200 Protokolle vom Stuttgarter Parteitag a 10 Pf. Der Vertrieb der Broschüren ist nicht in der wünschenswerten Schelligkeit vor sich gegangen; in Zukunft mögen dieselben rechtzeitig von den Zahlstellen abgehoben werden, damit die überzähligen Exemplare eher an die auswärtigen Agitationskommissionen abgeführt werden können. Die Mitgliederbewegung war im abgelassenen Vierteljahr im allgemeinen befriedigend. Der Vorstand empfiehlt, bei der Verteilung von Flugblättern, Agitation etc. in Zukunft denjenigen Genossen die Bezirke möglichst dauernd zu überlassen, die dieselben einmal bearbeitet haben. Es hat sich das als praktisch bewährt. Nach dem Bericht des Kassierers Tauschel hatte der Wahlverein im III. Quartal inf. eines früheren Bestandes von 73,55 M. eine Einnahme von 3037,50 M., welcher eine Ausgabe von 2979,60 M. gegenüber steht, so daß ein Restenbestand von 57,90 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 2372,80 M. für Agitation. Insgesamt hat der Wahlverein im Laufe dieses Jahres den Betrag von 7350 M. für Agitation abgeliert. Gleichzeitig macht der Kassierer darauf aufmerksam, daß von den 1000 entnommenen Sternwarte-Billets noch über 300 unverkauft sind, deren Gültigkeitsdauer jedoch Ende dieses Jahres abläuft. Das Geld dafür sei dem ungenutzt ausgegeben. An Mitgliedern zählte der Wahlverein am Schluß des vorigen Quartals 4601; von den am Schluß desselben ca. 1600 wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossenen hätten 22 nachbezahlt, 285 sind neu aufgenommen worden, so daß nach Abzug der Verstorbenen und Ausgetretenen jetzt ein Mitgliederbestand von 4897 verbleibt. Eine Diskussion entwickelt sich nur über einen von der Bezirksführer-Konferenz gestellten Antrag: „Werden in den Jahrlabenden Angelegenheiten erörtert, die den Wahlverein nicht angehen oder denselben gar in irgend einer Weise gefährden, so hat der Vorstand die Befugnis, der Zahlstelle sämtliches Material zu entziehen.“ Die Vereidigung des Antrages an sich wird von fast allen der sehr zahlreichen Redner zugegeben, dagegen wird von den Beteiligten entschieden bestritten, daß die Veranlassung zu dem Antrage eine derartige gewesen sei, welche den Wahlverein in irgend einer Weise gefährde. Es habe sich um eine simple Unterstützungssache gehandelt. Der Antrag wird schließlich nach einer langen, zum Teil ziemlich erregten Debatte gegen wenige Stimmen angenommen. Die Wahl des Vorstandes ergibt folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kiesel; 2. Vorsitzender Sternkopf; 1. Kassierer Tauschel; 2. Kassierer Dohert; 1. Schriftführer Kniebe; 2. Schriftführer Holz; Beisitzer: Sauerweber, Grolle und Heise. Als Revisoren werden gewählt: Kleinert, Vergemann und Klose. Es folgt die Wahl der Abteilungsführer: Kettel für Schönhauser Vorstadt, Funk für Gesundbrunnen, Kredo für Wedding, Rogatt für Oranienburger Vorstadt, Schröder für Roabit und Brandt für Rosenthaler Vorstadt. Die Wahl der Abteilungsführer wird den einzelnen Vorständen überlassen. Bezüglich des Stützfestes wird beschlossen, daß dasselbe an einem Sonnabend im März im Feenpalast stattfinden soll. Es wird hierbei dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der VI. Wahlverein sein Stützfest noch immer außerhalb seiner Grenzen feiern muß, das liegt an der Laueheit der Parteigenossen, welche in der Lokalfrage nicht konsequent genug handelten. Hierauf Schluß.

Eine Versammlung deutsch-nationaler Kaufleute, die am Dienstag im Germania-Saal tagte, nahm eine Resolution an, welche den Reichstag und den Bundesrat ersucht, dem geflüchteten Reimhr-Ladenschluß zuzustimmen. Eine starke Meinungsverschiedenheit machte sich unter den deutsch-nationalen Handelsbesitzern bemerkbar, als einer aus ihren Reihen beantragte, man möge dem Polizeipräsidenten eine Petition einreichen, welche den dringenden Wunsch ausspricht, daß die Verkaufsstellen am Sonntag, den 24., und den 31. Dezember, wie an jedem anderen Sonntage, um 2 Uhr nachmittags geschlossen werden sollen. Der Antragsteller verwies darauf, daß der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden für die Offenhaltung der Geschäfte an den genannten beiden Sonntagen bis 7 Uhr abends eingetreten sei, und meinte, daß die Handlungsgehilfen einer derartigen Beschränkung der Sonntagsruhe entgegenwirken müßten. Dieser durchaus im Interesse der Gehilfen liegende Antrag wurde jedoch von einigen Rednern, die an der Spitze der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen stehen, be- kämpft. Sie meinten, die hiesige Ortsgruppe ihres Verbandes habe bereits wegen derselben Angelegenheit petitioniert, und es geht nicht an, daß man jetzt mit einer weitergehenden Petition komme. Was die Petition des Verbandes fordert, darüber wurde nichts Bestimmtes gesagt, es scheint jedoch, als ob die deutsch-nationalen Wortführer, beziehungsweise sie mit Rücksicht auf den von ihnen vertretenen Harmoniestandpunkt nun einmal sein müssen, sich darauf beschränken haben, von dem Verlangen der Handel- und Gewerbetreibenden — Ladenschluß um 7 Uhr — eine einzige Stunde abzuhandeln. Der Antrag, welcher den Ladenschluß um 2 Uhr wünscht, wurde demnach gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Vollkommen einmütig waren die deutsch-national-antimilitarischen Kleinbürgerlichen Herren aber in der Annahme einer Resolution, wodurch sich die Versammelten verpflichten, in ihren Bekannntkreisen dahin zu wirken, daß besonders zu Weihnachten nicht in großen Warenhäusern und „sonstigen gemeinschaftlichen Unternehmungen“, sondern nur bei „deutschen Stammesgenossen“ gekauft werde.

Eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen, die sehr gut besucht war, tagte am Dienstag in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße. Zunächst hielt der Stadtverordnete R. Killaerg einen Vortrag über: „Welche Mittel sind zur Verbesserung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit und besserer Behandlung für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Gewerbes notwendig?“ In eingehender Weise und an der Hand eines reichhaltigen Materials erläuterte der Redner hierbei die Bedeutung und die Notwendigkeit der Organisation zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Es wurde festgestellt, daß im allgemeinen die Löhne sehr niedrig, die Arbeitszeit lang ausgedehnt, die Werkstätten durchwegs in sanitärer und hygienischer Beziehung viel zu wünschen übrig lassen und daß insbesondere in der Hausindustrie, die immer mehr Eingang findet und auch ein ausgedehntes Zwischenmeisterstystem in den einzelnen Branchen gezeitigt hat, eine geradezu schamlose Ausbeutung der Arbeitskräfte vorherrschend ist. In der Lederwarenbranche z. B. haben von 83 Firmen nur 26 eigene Werkstätten eingerichtet, während die übrigen nur hausindustrielle Arbeiter beschäftigen. Von den Zwischenmeistern werden Arbeiterinnen bei einem Wochenlohn von 5—7 M. und insbesondere ganz jugendliche Arbeiter und auch Kinder im artzesten Alter beschäftigt. In den Luxuspapier- und Kartonfabriken sind überaus schlechte Zustände zu verzeichnen, trotzdem die Konjunktur besonders in der Kartonbranche schon seit Jahren eine andauernd günstige ist. Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung werden vielfach nicht innegehalten und von den Unternehmern in jeder Beziehung übertreten. Es wurden eine ganze Anzahl Unternehmer der verschiedenen Branchen namhaft gemacht die sich um die gesetzlichen Vorschriften nicht kümmern, trotzdem sie zur Beachtung derselben von der Gewerbe-Inspektion wiederholt aufgefordert wurden und auch schon bestraft worden sind. Unter anderem wurde behauptet, daß in der Buchbindererei von Schenk, Hollmannstraße, die Arbeiterinnen oftmals über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt werden. In dieser Buchbindererei soll auch ein Fahrstuhl, und zwar auf ausdrückliche Veranlassung des Unternehmers selbst, benutzt werden, der behördlich geschlossen und auf Anordnung der Gewerbe-Inspektion längst außer Betrieb gesetzt werden mußte. Arbeiter, welche für die Abstellung der Mißstände eintraten, sind entlassen worden. Bei der Firma Jakobson, Landwehrstraße 11, sollen sogar jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren in den vorgeschriebenen Pausen und über die übliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt sein. In der Buchbindererei von Vogel, Karlsbad 15, werden die Arbeiterinnen fast jeden Freitag bis 10 und 11 Uhr beschäftigt und es soll vorgekommen sein, daß Arbeiterinnen bis 3 Uhr nachts tätig waren und die anderen Nachmittagen dann gleich in der Werkstätte geschlafen haben. Bei der Firma Kleist, Friedrichstraße 16, sollen die Arbeiterinnen ebenfalls vielfach über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus und zwar bis 9 und 10 Uhr abends beschäftigt werden. Bei Lüders, Wanduburgstr. 34, werden, wie behauptet wurde, sogar Kinder von 10—13 Jahren angestrengt bei langer Arbeitszeit beschäftigt. Ähnliche Zustände, wie die hier geschilderten, wurden auch noch von anderen Betrieben mitgeteilt. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß derartige Mißstände nur dadurch möglich sind, daß viele der ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation noch fern stehen und infolge dessen ohne genügenden Rückhalt, sich völlig der Willkür der Unternehmer unterwerfen. Alle Redner plaidierten für den Anschluß an den Verband der Buchbinder, der Papier- und Ledergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Verein: Annenstr. 50), um solidarisch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen zu können. Eine entsprechende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Nach dem Bericht sind in Hamburg in der kunstgewerblichen Anstalt von Georg Dulbe 43 Arbeiter, darunter 26 verheiratet, wegen Lohnunterschieden in den Ausland getreten. Es wurde aufgefordert, den Zugang fernzuhalten und die Anfertigung von Streikarbeit zu verweigern.

Die Arbeiter der Firma Siemens u. Halske (Stadtgeschäft) hatten sich gestern abend zu einer Versammlung eingefunden, die den großen Saal von Martens (Friedrichstr. 36) bis auf den letzten Platz füllte. Es handelte sich, wie der Referent Schröder ausführte, darum Stellung zu nehmen zu den stattgefundenen Accord-herabsetzungen, die zwischen zehn und fünfzig Prozent, für einzelne Artikel sogar noch mehr betragen. Es sei dieses hauptsächlich auf die Anregung eines neu eingetretenen Obermeisters Rehsfeld zurückzuführen. Dabei habe man aber die Abzüge nicht etwa bei solchen Artikeln gemacht, an denen bisher vielleicht verhältnismäßig hohe Verdienste erzielt wurden, sondern vielmehr auch bei Artikeln, bei deren Herstellung die Arbeiter jetzt schon nur 35—40 Pf. pro Stunde verdient hätten. Wie wenig Rücksicht man dabei auf die Arbeiter zu nehmen glauben durfte, gehe daraus hervor, daß man auf den Arbeitszetteln die alten Preise einfach durchstrich und die neuen, niedrigen daneben setzte. Das haben die Arbeiter lebhaft ihrem Indifferentismus zu verdanken. Der Obermeister Rehsfeld, der zu dieser Versammlung brieflich eingeladen war und auch geargert haben soll, daß er erscheinen würde, war nicht anwesend. Ebenso wenig fanden sich andere, die die genannte Firma gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz genommen hätten. Rät her bezeichnete dies schon als einen bemerkenswerten Fortschritt gegen früher, wo sich ja aus den Reihen der Arbeiter heraus einer noch als Verteidiger der Firma gefunden haben. Derselbe Redner vertritt auch eine ihm zugegangene schriftliche Mitteilung, wonach einzelne Meister verlangen, daß diejenigen Arbeiter, die etwa um 4 Uhr statt um 6 Uhr nach Hause gehen, also keine Überstunden arbeiten wollen, einen Entschuldigungsgezetel beizubringen haben. Außer Genanntem beteiligten sich an der Diskussion noch Rein, Rabe und Unger. Es gelangt dann nachstehende von Rät her angefertigte Resolution zur Annahme: „Die verammelten Arbeiter der Firma Siemens und Halske erkliden in den Maßnahmen der Fabrikleitung in Bezug auf Reduzierung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse überhaupt ein Attentat auf ihre Lebenshaltung, welches mit den angeblichen humanen Einrichtungen der Firma in schreiendem Widerspruch steht. Die Versammelten erkliden die einzige Möglichkeit, derartigen Mißständen entgegenzutreten zu können, in der Organisation und verpflichtet sich jeder Kollege, derselben beizutreten.“

Nach einem podenden Schlußwort Rät hers wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend hielt am 12. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-versammlung ab. Genosse Reuter hielt einen Vortrag über: „Das Recht auf Arbeit und die Zuchtshausvorlage.“ Nach kurzer Diskussion wird in die Erörterung von Vereinsangelegenheiten eingetreten, wobei eine Reihe Beschwerden gegen die centralorganisierten Bauarbeiter vorgebracht werden. Es wird der Wunsch geäußert, sich an die Leiter der Centralorganisation zu wenden und Absiehung der Rechte, wie sie in letzter Zeit zwischen Anhängern der beiden Richtungen auf Bauten vorgekommen, zu verlangen.

Der Krieg.

Die britischen Streitkräfte in Südafrika. Wiederum sind einige Transportschiffe, nämlich „Harlech Castle“ und „Gardroo Castle“, in Kapstadt mit Truppen eingetroffen. Unmäßig werden also sehr bedeutende Streitkräfte gegen die Boeren entseselt werden, weit bedeutender als diejenigen, welche bisher in den Kämpfen bei Glencoe und Ladysmith beteiligt waren. Nach einer Schilderung der Adm. Jg. werden die britischen Streitkräfte in Südafrika, die in ihrer Gesamtheit amtlich als „South Africa Field Force“ bezeichnet werden unter dem Oberbefehl des Generals Sir Redvers Buller stehen, Ende November in Südafrika vollständig versammelt sein, abgesehen von einer Division, deren Aufstellung jetzt erst befohlen worden ist und die

vor Mitte Dezember nicht an ihrem Bestimmungsorte eintreffen kann; sie bleibt deshalb hier außer Betracht, zumal ihre Zusammen- setzung noch nicht genau feststeht. Die „South Africa Field Force“ ist nach den Etatszahlen stark 68 000 Köpfe mit 174 Geschützen, außerdem zählt sie 14 000 Pferde und 15 000 Maultiere. Die freiwilligen der Kapkolonie und von Natal, die ebenfalls zum Bestand derselben gehören, sind hierbei nicht mitberechnet. Sie bestimern sich auf ungefähr 9000 Mann mit 27 Feldgeschützen. Allerdings umfaßt die Zahl von 68 000 Köpfen der regulären Armees nicht lauter Streikbare, aber immerhin zählt nach den Etatsziffern die „South Africa Field Force“ — ausschließlich der Freiwilligen — einschließlich der aus Matrosen und Seefeldaten gebildeten „Naval-Brigade“ in 43/2 Infanterie-Bataillonen, 48 Schwadronen, 20 Feldbatterien, 2 Bataillonen berittener Infanterie, 7 Compagnien Feldpioniere sowie den nicht in festen Verbänden gegliederten Matrosen und Seefeldaten im ganzen in runden Zahlen 44 000 Mann Infanterie, 6000 Reiter, 1500 Mann berittene Infanterie, 4600 Feldartilleristen, 1400 Pioniere, 1000 Marinefeldaten. Solche Truppenstärke hatte weder die Armees Wellingtons bei Waterloo — wo nur 30 000 Engländer kämpften — noch diejenige der Engländer in dem Krimkrieg aufzuweisen. Man sieht, England macht für seine Verhältnisse ganz außergewöhnliche militärische Anstrengungen in dem Kampfe um die Vorherrschaft in Südafrika. Der Vollständigkeit halber müssen allerdings bei vorstehender Aufzeichnung noch die bisherigen Verluste der Engländer in Natal in Abzug gebracht werden. Dieselben stellen sich auf ungefähr 3600 Mann Infanterie, 1 Schwadron und 1 Feldbatterie, welche beiden letzteren während der Kämpfe bei Dundee-Ladysmith verloren gegangen sind. Ob nicht am Ende auch noch die ganze bei Ladysmith eingeschlossene englische Truppenmacht in Abzug gebracht werden muß, läßt sich vorläufig nicht übersehen.

Von Ladysmith

Liegen auch heutzutage keine Nachrichten vor. Nur ein Reiter-Telegramm aus Pretoria hat Interesse, obwohl es vom 9. November datiert, da es aus Boerenquelle stammt; es meldet: Berichte aus Ladysmith besagen, heute früh bei Tagesanbruch habe eine heftige Kanonade begonnen. Einige Boerenabteilungen seien bis auf 1500 Harde an die britischen Verschanzungen herangedrückt. Das Geschützfeuer sei sodann eingestellt worden und das Geschützfeuer habe begonnen. Bei Mafeking und Kimberley sei alles ruhig.

Aus Mafeking

melden die „Times“ vom 31. vorigen Monats: General Cronje beklagte sich darüber, daß die Plage des Roten Kreuzes von mehreren Gebäuden der Stadt zugleich wehe, daß Dynamitminen gelegt seien und die Eingeborenen wider die Weihen verwendet würden. Oberst Vaden-Powell erwiderte, Mafeking habe nur drei Rote Kreuz-Stationen, nämlich das Hospital, das Kloster und das Frauenlager, die sämtlich außerhalb der Stadt lägen, alsdann recht fertige Vaden-Powell das Legen der Dynamitminen, indem er Präcedenzfälle seitens der Boeren anführte; bezüglich des dritten Punktes führte der Oberst an, die Eingeborenen verteidigten nur ihr Leben und Eigentum. Die Boeren beschossen infolgedessen das Hospital und das Frauenlager weiter. In Mafeking glaubt man, daß die Verteidigung bis zum Ende des Feldzuges werde durchgeführt werden können.

London, 15. November. Der Korrespondent der „Times“ in Mafeking beschreibt in einem vom 28. v. M. datierten Bericht einen **Rajonett-Angriff der einen Schwadron des Buffsuanalands-Regiments auf die Boeren.** Er sagt, als die Engländer die Brustwehr der Verschanzungen der Boeren gewonnen hatten, feuerten sie Salven auf den Feind, und griffen denselben in der Front mit blanker Waffe an, während ein Geschütz der Polizei der Kapkolonie sie durch Plankfeuer unterstützte. Die Boeren machten einen verzweifelten Versuch, die Vordringenden zurückzutreiben, aus ihren weiter zurückgelegenen Verschanzungen wurde ein furchtbares Feuer eröffnet; durch das Aufblitzen der Gewehrflüsse wurde die ganze Position beleuchtet. Nachdem die Umgehung der Front und der Verschanzungen des Feindes ausgeführt war, zog die Schwadron sich unter dem Schutze des Plankfeuers der Kapkolonie zurück. Auf Seite der Engländer wurden sechs Mann getötet, verschiedene verwundet; die Verluste der Boeren werden auf 100 Mann an Toten und Verwundeten geschätzt.

Gefahren im Sudan?

Es scheint, als wolle der Khalif, der sich seit der großen Niederlage bei Omdurman in den westlichen Oasen gehalten hatte, die Gelegenheit zu einem Offensivvorstoß benutzen. Aus Kairo wird vom Dienstag gemeldet: Auf die Meldung, daß der Khalif, der jüngst nach Kordofan gezogen war, in der Nähe von Duem am Weißen Nil, 130 Meilen südlich von Khartum, sich begab sich der Sirdar Ritchener bereits heute abend, anstatt Freitag, nach Khartum.

Britisch-französischer Zwischenfall.

Der französische Minister des Auswärtigen Delcassé forderte von dem französischen Konsul in Lourenço Marquez einen eingehenden Bericht über den Vorfall ein, wobei ein englischer Kreuzer gegen das französische Frachtschiff „Cordoba“ einen blinden Schuß abfeuerte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Komplottprozess in Paris.

Präsident Fallières bringt die von Guérin eingebrachten Anträge zur Verlesung, in welchen dieser verlangt, daß die Verbrechen und Vergehen des gemeinen Rechts, wegen welcher er gleichfalls angeklagt ist, aus den gegenwärtigen Verhandlungen ausgeschlossen werden. Der Advokat Hage erläutert jene Anträge und vertritt die Meinung, daß der Senat für Verbrechen und Vergehen des gemeinen Rechts nicht zuständig sei.

Paris, 15. November. (W. Z. V.) Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung belämpfte der Staatsanwalt die Anträge Guérins. Die öffentliche Sitzung wird dann unterbrochen und der Gerichtshof berät in geheimer Sitzung. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung verliert der Vorsitzende Fallières den Beschluß des Gerichtshofes, der dahin geht, daß über die Anträge Guérins entschieden werden soll, wenn seine Sache abgeurteilt werden wird. Fallières verliert sodann die eingebrachten Anträge, nach welchen diejenigen Senatoren, welche Freimaurer sind, als Richter zurückgewiesen werden sollen. Der Anwalt Cairé unterstützt die betr. Anträge in längerer Rede. Die öffentliche Sitzung wird hierauf wiederum unterbrochen und der Gerichtshof tritt nochmals zu einer geheimen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Fallières verliert den Beschluß des Gerichtshofes, nach welchem die Anträge des Anwalts Cairé abgewiesen werden. Fallières verliert dann andere Anträge Guérins, in welchen verlangt wird, daß die Beweisstücke, wie Werkzeuge, Waffen usw., dem Gerichtshof vorgelegt werden. Der Staatsanwalt fordert den Vorsitzenden auf, diese Anträge kraft seiner diskretionären Gewalt abzulehnen. Guérin und hierauf sein Anwalt unterstützen die betreffenden Anträge. Die Verhandlung wird dann am morgen verlagt.

Wien, 15. November. (W. Z. V.) Wie in parlamentarischen Kreisen der Zinsen verlautet, ist die Regierung entschlossen, den Reichsrat aufzulösen, sofern die Rechte ihre Agitation gegen die Regierung fortsetzen sollte, um den Ausgleich mit Ungarn zu verhindern.

Madrid, 15. November. (W. Z. V.) Nach den letzten aus Barcelona eingetroffenen Meldungen hat sich die Lage dort verschlimmert. Die Steuerpflichtigen weigern sich, die Steuern zu zahlen. Die Läden sind wiederum geschlossen.

Lissabon, 15. November. (W. Z. V.) Der hier vor kurzem aus Oporto eingetroffene Bakteriologe Dr. Pestana ist hier an der Pest gestorben.

Reichstag.

101. Sitzung vom 15. November 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Podbielski. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum

Postgesetz.

Zunächst steht Artikel I zur Beratung. Durch Ziffer I dieses Artikels wird das Höchstgewicht für 10 Pfennig-Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht. Bei unfrankierten Briefen tritt ein Zuschlagsporto von 10 Pf. ohne Unterschied des Gewichts des Briefes hinzu. In Ziffer II wird der Reichslanzler ermächtigt, den Geltungsbereich der Ortsliste auf Nachbarorte auszudehnen. Ziffer III lautet:

Die Zeitungsgebühr beträgt:

- a) 3 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit;
b) 15 Pf. jährlich für das wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen, sowie 15 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche;
c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts, unter Gewährung eines Freigewichts von je 1 Kilogramm jährlich für so viel Ausgaben, wie der Gebühr zu b) unterliegen.

Das Jahresgewicht wird für jedes Kalenderjahr nach dem tatsächlichen Gewichte der Zeitungsnummern des vorausgegangenen Rechnungsjahres festgestellt. Bei neuen Zeitungen erfolgt bis zur Anwendbarkeit dieser Bestimmung die Gewichtsberechnung vierteljährlich nach dem Gewichte der erschienenen Nummern. Bruchteile eines Kilogramms werden als ein volles Kilogramm gerechnet. Der Verleger hat ein Pflichtexemplar von jeder Zeitungsnummer der ihm bezeichnenden Postdienststelle zu liefern.

Die Selbstverpackung ist auf Antrag des Verlegers zu gestatten. Dazu beantragen die Abgg. Dr. Marcour (C.) und Gen. folgende Fassung:

Die Zeitungsgebühr beträgt:

- a) 2 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit;
b) für jedes wöchentliche Erscheinen jährlich: 12 Pf. in der ersten Zone, 18 Pf. in der zweiten Zone;
c) für jedes Kilogramm des Jahresgewichts: 8 Pf. in der ersten Zone, 12 Pf. in der zweiten Zone.

Die erste Zone umfasst 75 Kilometer Umfang vom Erscheinungsort der betreffenden Zeitung aus gerechnet.

Abg. Dr. Marcour (C.):

Es ist von allen Seiten betont worden, daß man sich bei Festsetzung des Zeitungsstarifs nur leiten lassen könne von dem Grundsatze der ausgleichenden Gerechtigkeit der Leistung und Gegenleistung. Ausgehend von diesem Gesichtspunkt, waren die Parteien früher der Ansicht, daß der Abonnementspreis der Zeitungen bei der Festsetzung des Tarifs nicht außer acht gelassen werden dürfe. Nach den Kommissionsberatungen sind wir aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Standpunkt nicht haltbar ist, und haben uns einstimmig auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt unter Ermäßigung der dort vorgeschlagenen Sätze. Wir haben einen Vermittlungsantrag gestellt, der die größeren Zeitungen zu größeren Leistungen heranzieht und es verhindert, daß die kleinere Presse zu sehr belastet wird. Wir verlangen zunächst eine Ermäßigung der Grundtaxe von 3 auf 2 Pf. Ferner verlangen wir die Einführung des Zonentarifs, der auch vollkommen gerechtfertigt ist vom Standpunkt der Leistung und Gegenleistung. Die kleine Provinzpresse ist in ihrer Verbreitung auf ein kleines Gebiet beschränkt, während die großen Zeitungen in einzelnen Exemplaren durch das ganze Reich gehen. Der Herr Staatssekretär v. Podbielski hat ja auch selbst darauf hingewiesen, daß die Postverwaltung gezwungen ist, für die große Anzahl von Blättern, die von Berlin aus in die Provinzen gehen, einen Extra-Postwagen zu bestellen. Dieser Wagen kostet der Post 120 000 M. jährlich. Der Zonentarif ist also ein durchaus billiges Verlangen. Ich bitte Sie um möglichst einstimmige Annahme unserer Anträge.

Staatssekretär v. Podbielski:

Ich muß dem Herrn Vordränger in einigen Punkten entgegen treten. Zunächst möchte ich feststellen, daß im Laufe der letzten Jahre innerhalb der Budgetkommission festgestellt ist, daß die Kosten der Zeitungsförderung durch die Zeitungsgebühren nicht gedeckt werden. Der Antrag Marcour ist mir erst jetzt zugegangen, und ich kann daher jetzt noch nicht genau die Wirkung der vorgeschlagenen Ermäßigung der Gebühren im Verein mit dem Zonentarif übersehen. Nach einer vorläufigen Berechnung bedeutet der Antrag jedenfalls wieder einen Ausfall an Einnahmen. Gewiß hat die Postverwaltung jetzt große Ueberflüsse, aber Sie müssen bedenken, daß durch die Vorlage bereits ein Viertel der ganzen Ueberschüsse absorbiert wird. Wir müssen doch aber auch im Auge behalten, daß mit den steigenden Lebensverhältnissen für die Unterbeamten mehr gesorgt werden muß, und dies sowie überhaupt jede weitere Reform ist unmöglich, wenn die Post nicht genügend Einnahmen hat. Der Zonentarif selbst bedeutet jedenfalls einen Rückschritt. Wenn er eingeführt werden soll, dann kann es nur geschehen, wenn Sie den Expressboten wieder einführen, den Sie in der ersten Lesung fast einstimmig abgelehnt haben. Ich bitte Sie also, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen, sie sind das Minimum, was die Regierung bewilligen kann.

Abg. Horn-Goslar (nat.) beantragt folgende Fassung der Ziffer III:

Die Zeitungsgebühr beträgt:

- a) 12 1/2 Proz. vom Abonnementspreise.
b) 12 Pf. jährlich für das wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen, sowie 12 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche.
c) 5 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts unter Gewährung eines Freigewichts von 1 Kilogramm jährlich für so viel Ausgaben wie der Gebühr zu b) unterliegen.

Ministerialdirektor Kräfte

kann dem Antrag nicht beipflichten. Welcher Prozentsatz auch festgesetzt wird, die Post wird doch nur das bekommen, was den Herren Verlegern paßt. Viele Zeitungen, die z. B. an Vereine verbreitet werden und deren Bezug durch anderweitiges Publikum sehr gering ist, legen den Preis ganz nach ihrem Belieben an. Infolge dieser Abhängigkeit von den Verlegern kann die Postverwaltung sich mit der Festsetzung eines Prozentsatzes vom Abonnementspreise nicht einverstanden erklären, auch wenn der Prozentsatz noch so hoch bemessen ist.

Abg. Diez (Soz.):

Von Verlegern, Druckern, Buchhändlern, Papierfabrikanten wird seit geraumer Zeit ein solches Gejohre erhoben, daß man glauben sollte, das ganze Gewerbe gehe zu Grunde, wenn der Zeitungsstarif angenommen wird, und er nimmt doch manchem ein ganz Teil der schwerdrückenden Konkurrenz ab. Leider hat man viel zu lange auf ihn warten müssen. Unsere Partei hat ja selbst wenig Interesse an ihm, da sie vernünftigerweise die Abonnementspreise so hoch ansetzt, daß die Kosten für Redaktion, Papier etc. gedeckt werden. Aber es waltete doch in der That pekuniäre Wünsche ob, daß die Post mehr Leistungen machen muß gegenüber verhältnismäßig geringen Entschädigungen. Daher haben wir siechig und nicht fruchtlos in der Kommission mitgearbeitet.

Wir haben Blätter mit einem Jahresabonnement von 2 und von 40 Mark und die Post bekommt für dieselbe Leistung von dem einen nicht mehr wie von dem andern, und wenn Sie beide Blätter zusammenlegen, so ist das eine einverne Inzeratenblatt, das fast ganz ohne Redaktionskosten hergestellt wird, während das andere mit

außerordentlicher Intelligenz, die bekanntlich nicht billig ist, hergestellt wird.

Die Hauptfiguratur der Annoncenblätter ist ihr schweres Papiergewicht, verbunden mit ganz kleinem Abonnement. Infolgedessen hat die Post nur kleine Provision. Wenige Anzeigen bedeuten gleichzeitig leichtes Gewicht und hohes Abonnement, und das sehr hohe Provision voraus. Das sind Dinge, die wir durch die neue Vorlage in gewissen Einklang gebracht haben. Dazu kommt, daß die Inzeratenpreise der kleinen, der Provinzialpresse, scharfe Konkurrenz macht.

Die Anträge von Marcour und Horn-Goslar stürzen die Kommissionsbeschlüsse vollständig um. Meine Partei hat keine Veranlassung, auf den Boden dieser Anträge zu treten. Dagegen treten wir entschieden dafür ein, daß für jeden Monat der Bezugszeit die Ziffer 3 in 2 abgeändert wird, weil dadurch gerade die kleine Provinzpresse wesentlich profitieren würde. Das steht fest, daß das Zeitungsweisen und somit auch die Einnahmen der Post sich in aufsteigender Linie befinden. Da kann uns doch wohl die Verwaltung ein kleines Entgegenkommen zeigen. Wenn nun die kleine Presse ganz besonders jährel, so liegt dazu keine Veranlassung vor, denn nur wo der Abonnementspreis ein so außerordentlich billiger ist, daß die Zeitung dafür nicht mehr hergestellt werden kann, tritt eine wesentliche Erhöhung der Provision ein. Daran ist aber nicht die Postverwaltung, sondern der Verleger selbst schuld, der Zeitungen gründet, ohne daß ein erzieherischer oder politischer Zweck damit verknüpft ist, sondern lediglich um Geld zu verdienen. Das sind die Zeitungen, die unter dem Namen „Generalanzeiger“ in der Welt herumlaufen, alles mit Glacéhandschuhen anfassend und in Massen bei kleinen Leuten ins Haus dringen, weil sie sehr große Pakete von Papier den Abonnenten in die Hand geben können.

Von Interesse ist es, einen Blick auf das Inzeratenwesen, in dem große Uebelstände, namentlich durch die Inzeratenbureaus entstanden sind, zu werfen. Heute beschäftigen sich eine ganze Reihe von Bureaus ausschließlich mit Inzeratensammeln, um diese den Zeitungen zuzuführen. Diese Bureaus sind bei der Entwicklung unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse vielleicht notwendig, bilden aber eigentlich ein parasitäres Gewerbe. Aus den Konturberichten ist zu ersehen, daß ein ungeheurer Prozentsatz des Kapitals der Mittelstandsklasse für Inzerate ausgegeben ist. Nach einem Zeitungsbericht hat z. B. ein Versandgeschäft in wenigen Jahren eine Summe von 300 000 M. für Inzerate ausgegeben. Den Kleinhändlern, Handwerkern usw. wird heutzutage eingeredet, daß sie keine Geschäfte machen, wenn sie nicht inzerieren. Die Leute glauben auch, weil das Geschäft an sich schlecht geht, müssen sie Opfer bringen. Der Agent zeigt auf den Nachbar: Der inzeriert, also mußt Du auch inzerieren, und so wird den Leuten oft ganz unbilligerweise das Geld aus der Tasche gezogen. So haben sich nun die großen Inzeratenblätter auf ungehörige Weise entwickelt und die Post ist gezwungen, diese diesen Inzeraten-Zeitungen für dieselbe Gebühr zu befördern, wie die rein politischen Zeitungen. Dieser ungesunde Zustand findet nur seine Beseitigung durch Annahme der Kommissions-Anträge.

Ein Uebelstand ist auch das Zeitung-Bestellgeld. Es ist so merkwürdig normiert, daß es so nicht mehr ausreicht erhalten werden kann. Die Reichspost nimmt für Blätter, die monatlich einmal oder weniger erscheinen, 60 Pf. Bestellgebühr, die württembergische 30 Pf. Hier muß eine Verbilligung eintreten. Wir sollten die Reichspost verpflichten, eine ganz positive Erklärung über das Bestellgeld abzugeben. Ich habe gehört, daß die Ansicht vorliegt, es zu ermäßigen, aber wir wissen nicht, ob das ausgeführt wird.

Nun meinen z. B. die Sortimentler, daß sie durch den Tarif benachteiligt werden, aber sie vergessen, daß sie mit dem Publikum in unmittelbarer Verbindung stehen, während die Post auf die Energie des Bestellers angewiesen ist, ob er die Zeitung bestellt oder nicht. Also die Konkurrenz der Post kann den Sortimentlern nicht allzuviel schaden.

Auch die Papierfabrikanten haben sich wieder gemeldet, und Abg. Horn einen entsprechenden Antrag gestellt, der alle unsere Beschlüsse auf den Kopf stellt. Glänzend geht es den Papierfabrikanten ja heute nicht. Aber woran liegt das? Sie haben in den Tagen des ungeheuren Aufschwungs des deutschen Zeitungsgewerbes viel mehr Maschinen in den Dienst gestellt, als überhaupt in Deutschland beschäftigt werden können. Der Export nach Südamerika ist fortgefallen, seit es dort Holzschleifereien und Cellulosefabriken giebt. Die deutsche Papierindustrie ist auf den inländischen Konsum angewiesen, und da prosperieren nur ganz modern eingerichtete Fabriken. Zwingen können wir keinen Menschen, so viel Drudpapier zu kaufen, als unsere Fabriken liefern können. Damit müssen sich unsere Papierfabrikanten abfinden. Den Leuten kann nicht unter die Arme gegriffen werden, am wenigsten beim Post-Zeitungstarif. Wir sollten also den Tarif so wie ihn die Kommission beschloffen hat, annehmen. (Sehr richtig!) mit der Aenderung, daß wir statt 3 Pf. für jeden Monat Bezugszeit 2 Pf. sagen und gemäß dem Antrag Eichhoff eine Vergütung von 10 Pf. für die Selbstverpackung fordern. Falls dies abgelehnt werden sollte, würde ich eine Entschädigung von 5 Pf. empfehlen.

Der Kommissionsbeschluss bildet in der That ein Stück ausgleichender Gerechtigkeit, er schafft Ordnung insofern, als so viel die Reichs-Postverwaltung leisten muß, ihr wieder geleistet wird, und er schafft der kleineren und mittleren Presse die drückende Konkurrenz der großen Inzeratenblätter vom Halse. Ich bitte Sie, die Kommissionsanträge anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Ceretl (kon.):

Daß der bisherige Tarif unhaltbar war, darin sind wir wohl mit wenigen Ausnahmen alle einig. Es müßte ein Tarif gefunden werden, der auf dem Princip der Leistung und Gegenleistung beruhte und die kleine und mittlere Presse schonte. Die erste Forderung wurde vom Regierungsentwurf berücksichtigt, die zweite nicht. Für diese traten wir in der Kommission ein. Meine politischen Freunde sind bereit, der Post höhere Einnahmen aus den Zeitungsgebühren zu bewilligen. Von diesem Standpunkte aus nehmen wir Stellung zu der Forderung des Antrages Marcour, die Bezugsgebühr von 3 Pfennig auf 2 Pfennig herabzusetzen. Ich persönlich siehe dieser Herabsetzung sympathisch gegenüber, meine politischen Freunde würden ihr aber nur dann zustimmen können, wenn trotzdem der Post die Mehrerinnahme, die sie nun einmal haben muß, garantiert bleibt. Die Wirkung des Zonentarifs (Antrag Marcour) läßt sich gar nicht abschätzen. Uebrigens ist die Erhöhung, wie sie die Kommission vorschlägt, nicht so schlimm, wie sie aussieht. Von 100 Zeitungen werden 55 etwas höher belastet werden, in den meisten Fällen aber mäßig, 20 werden sich gleich stehen, 25 besser, und zwar besonders die kleineren und mittleren Blätter mit wenig Papier und Annoncen. Auf die Petitionen ist wenig zu geben; da wird z. B. behauptet, daß eine Zeitung, die täglich erscheint, für 4,50 M. Papier gebraucht; ich weiß nicht, wie der Verleger rechnet; 6 M. bringt ihm das Jahresabonnement, die Post zahlt 4,50 M. an den Verleger. Für 30 Pf. sollen also Redaktions-, Satz-, Druckkosten bestreiten werden, auch die Schere muß geölt, Leim zum Kleben gekauft werden. (Heiterkeit.)

Ich darf auch versprechen, daß die kleine und mittlere Presse beruhigt sein wird, wenn der vom Abg. Diez angeregte Fortfall der Bestellgebühr beschloffen wird. Sicher werden die Zeitungen den Tarif zum Anlaß einer Preiserhöhung nehmen. Resumierend will ich erklären, daß wir dem Antrag Dabach wie dem Antrag Horn nicht zustimmen können. Ueber den Antrag Wachnide, für die Selbstverpackung der Zeitungen dem Verleger eine Vergütung von 5 Pfennig für je 100 verpackte Zeitungsnummern zu gewähren, haben wir noch keinen Beschluß gefaßt, werden aber auch hier wohl die Kommissionsfassung, dem Verleger die Selbstverpackung auf seinen Antrag zu gestatten, annehmen. Dringend erjuchen wir den Reichstag, an der Schwerk-

geburt, die dieser Zeitungstarif darstellt, nicht soviel herumzubastern, damit er einigermaßen lebensfähig wird. Allen genehm machen wird es der Tarif nicht. Ein Reichstag, der dies fertig bringen soll, muß nicht nur erst gewählt, sondern erst geboren werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dabach (C.):

Nur der Zonentarif schafft wirkliche Gerechtigkeit. Nur dann kann unser Princip durchgeführt werden, daß jede Zeitung der Post das zu zahlen hat, was sie ihr wirklich an Arbeit kostet. Gegen den Antrag Horn erkläre ich mich principiell. Die Zugrundelegung des Abonnementspreises für den Post-Zeitungstarif hat sich als durchaus unpraktisch herausgestellt. Die Regierungsvorlage und die Kommissionsbeschlüsse verlegen das Princip des Schutzes des Mittelstandes auf das empfindlichste. Nach der Regierungsvorlage eripart die „Hamb. Börsehalle“ an jedem Abonnenten 7 M. jährlich. Da die Post höhere Einnahmen haben will, muß dieses Defizit von anderen Blättern und zwar gerade von den mittleren und kleineren getragen werden. Die Post berechnet einen Ueberschuß von sechs Millionen, unter diesen will sie es nicht machen. Hier kommt wieder die altbekannte Ueberschuhwirtschaft deutlich zum Ausdruck. Dabei wird immer an der Fiktion festgehalten, als ob die Kosten in demselben Maße wüchsen, wie sich der Betrieb vergrößert. Die Hauptsache ist für meine Freunde die Einführung des Zonentarifs. Die Zeitung muß in den dem Erscheinungsort benachbarten Orten billiger sein, als in den entfernteren Orten. Die geringe Mindereinnahme, die unser Vorschlag des Zonentarifs im Gefolge hat, darf für die Postverwaltung kein Grund für die Ablehnung ein. Wir sind sogar bereit, durch Erhöhung der Tarifsätze den Ueberschuß auf 100 000 M. auszugleichen. Ich hoffe, daß sich die Postverwaltung auf unsern Boden stellen wird. Am besten freilich würde es sein, wenn die Vorlage noch einmal an die Kommission zurückerwiesen werden könnte.

Staatssekretär v. Podbielski:

Von einer Ueberbahrung kann keine Rede sein, seit 25 Jahren wird die Reform des Post-Zeitungstarifs betrieben. In der Kommission ist wirklich alles sorgsam erwogen worden. Mit dem Zonentarif kann ich mich nicht einverstanden erklären. Wird die Zeitung in den entfernteren Orten teurer, dann werden Privatexpeditionen eingerichtet werden. Herr Dabach präsentiert mir mit seinem Zonentarif einen Zukunftswechsel, der niemals eingelöst werden wird. Ein Einheitspreis für Zeitungen kann im Gesebe nicht festgelegt werden. Ebenso ist es unmöglich, einen Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Zeitungen zu machen. Ich kann in den Blättern nicht herumspinneln, ob sie Politik enthalten oder nicht. (Große Heiterkeit.) Die Post muß aber darauf sehen, daß sie kein Defizit macht. Die Preisberechnung nach dem Gewicht verurteilt mehr Arbeit. Mehr Arbeit heißt aber mehr Beamte, und mehr Beamte kosten mehr Geld. Herr Dabach verlangt von der Post zuviel Berrichtungen umsonst. Der Zonentarif würde die Kosten noch mehr steigern. Ich bitte Sie, diesen Gedanken aufzugeben.

Abg. v. Czarlinski (Wolc):

Die kleine Presse wird durch die Vorlage geschädigt und auch die politische Presse gehört zur kleinen Presse. Dem kleinen Mann wird keine einzige geistige Krabung beteuert, denn die Verleger werden ihre Mehrkosten auf Publikum abwälzen. Wir können deshalb dem vorgeschlagenen Post-Zeitungstarif nicht zustimmen.

Staatssekretär v. Podbielski

weist darauf hin, daß die Postanlage viel kleiner ist, als die Gesamtauflage der Zeitungen. Speziell die politische Presse habe verhältnismäßig wenig Postabonnenten. Nur die Postabonnenten kämen aber in Betracht.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freif. Sp.):

erklärt sich gegen den Zonentarif, weil die Tarifierung für die Drucksachen eine einheitliche ist im ganzen Deutschen Reich. Was unsere Stellung zur Vorlage anlangt, so fragen wir nur nach Leistung und Gegenleistungen. Welche Aufwendungen hat die Post zu leisten und wie viel hat sie dafür zu fordern? Diesen Grundfragen entsprechen die Kommissionsbeschlüsse. Schließlich befürwortet Redner einen Antrag, der eine Vergütung für den Verleger für die Selbstverpackung in Höhe von 10 Pf. pro 100 verpackte Exemplare vorsieht.

Abg. Graf von Bernstorff (Sp.)

tritt für unbedingte Annahme der Kommissionsbeschlüsse ein und hält auch eine nochmalige Beweifung an die Kommission für überflüssig. Der Antrag Marcour sei unannehmbar, so sympathisch auch der Gedanke des Zonentarifs beruhe. Da aber die Postverwaltung hiervon einen Ausfall befürchte, könne man sich auf den Gedanken nicht einlassen.

Abg. Dabach (C.):

Gegen den Zonentarif ist kein durchschlagender Grund angeführt worden, außer dem einen, daß er nicht genug einbringe. Dieser Fehler läßt sich durch eine Aenderung der vorgeschlagenen Sätze ohne weiteres beseitigen. Wir behalten uns bis zur dritten Lesung entsprechende Aenderungen vor. Es handelt sich bei dem Zonentarif durchaus nicht um die Begünstigung einer Partei. Gerade unsere Hauptblätter, die „Germania“ und die „Köln. Volksztg.“, werden durch den Zonentarif mehr belastet, als durch die Kommissionsbeschlüsse. Das wissen wir, aber diese Zeitungen müssen sich darin finden. Die Sache eilt nicht so; wir können die Vorlage ruhig an die Kommission zurückverweisen. Die Verhandlung der Druckhausvorlage muß mindestens 4, 5 Tage in Anspruch nehmen. Dann können wir noch sehr gut die Postnovelle in zweiter und dritter Lesung erledigen. Redner sucht nachzuweisen, daß die Einführung des Zonentarifs bei der Berechnung der Zeitungsgebühr der Post keine besonderen technischen Schwierigkeiten bereiten würde.

Staatssekretär von Podbielski:

Gewiß läßt sich der Zonentarif durchführen; wir wären ja sonst eine schlechte Verwaltung. Die Frage ist aber die: was kostet die Sache, was bringt sie ein? Dazu kommen die Schwierigkeiten der Abrechnung. Mit den Verlegern werden wir ja schließlich noch fertig, aber wir haben noch eine Behörde über uns, den Reichs-Rechnungshof; der paßt auf. Wenn wir da dem Verleger ein paar Pfennige zu viel abgenommen haben, so müssen wir sie ihm wieder zurückgeben. Die noturgemäße Kontrolle des Reichs-Rechnungshofes würde bei dem Zonentarif unsägliche Arbeit machen. Und dann noch eins: Mit dem Zonentarif machen Sie der Anzeigenpresse wieder das Loch auf: es ist erwiesen, daß die Anzeigenpresse meist in der ersten Zone ihre Verbreitung findet. Sie würde durch den Zonentarif also begünstigt werden. Ich bitte, von einer nochmaligen Kommissionsberatung abzusehen. Die bisherige Kommission hat gründlich gearbeitet. Wir müssen auch endlich mit den paar Gesetzen fertig werden, damit wir weiter kommen können. Die Zeit drängt so, daß auch ein Aufschub von 14 Tagen bedenklich wäre. Wir haben die Hände voll zu thun, um bis zum Einführungstermin die Instruktionen auszuarbeiten, damit wir bis zum letzten Beamten gerüstet sind.

Abg. Diez (Soz.) beantragt, in Artikel 1 Ziffer III unter a statt 3 Pf. 2 Pf. zu setzen.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) befragt es, daß der Antrag Diez die Post aus dem Antrag Marcour herausgenommen habe. Das Bedauern des Herrn Staatssekretärs, daß so lange Zeit seit der ersten Beratung verlossen ist, kann ich nicht teilen, da diese Pause dazu benutzt worden ist, den kleinen und mittleren Zeitungen mehr Vorteile zu verschaffen. Diese werden zweifellos durch den Tarif geschädigt und in ihrem Interesse haben wir unseren Antrag auf Vergütung für die Selbstverpackung gestellt. Unser Vorschlag involviert eine Mindereinnahme von ca. 500 000 M. Aber was bedeutet diese halbe Million gegenüber dem Ueberschuß von 47 Millionen gegenüber dem neuen Tarif, der im ganzen der

Post erhöhte Einnahmen sichert? Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Bachnide (fr. Wg.) befürwortet die Herabsetzung der Rückvergütung für Selbstverpackung von 10 Pf. auf 5 Pf. für je 100 Exemplare. Er empfiehlt eine Herabsetzung der Vorlage an die Kommission zwecks besserer Klärung. Dem Gedanken des Jontarifs sieht er nicht völlig ablehnend gegenüber. Maßgebend sei für ihn dabei die Rücksicht auf die mittlere und kleine Provinz-Preise.

Staatssekretär v. Hoddieski: Ursprünglich hatte die Vorlage eine Entschädigung für Selbstverpackung vorgesehen. Da waren aber auch die Tarife höher. Nach Herabsetzung der Tarife in der Kommission ist eine Gewährung der Entschädigung nicht mehr möglich und ich bitte Sie, die Anträge Müller und Bachnide abzulehnen, eben so muß ich mich gegen den Antrag Diez auf Herabsetzung der Zeitungsgelder auf 2 Pf. erklären, denn dieser Antrag würde einen Einbruch von einer halben Million bedeuten.

Abg. Dabach (L.) verleiht sich noch einmal seinen Vorschlag des Jontarifs und bittet, nur die Ziffer 3 des Artikels I an die Kommission zurück zu verweisen. Die Postverwaltung muß sich der Nähe unterziehen, unseren Vorschlag einmal eingehend zu prüfen.

Die Diskussion über Artikel I wird geschlossen.

Die Ziffern römisch I und II des Artikels 1 werden unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen und zwar einstimmig.

Der Antrag Dabach auf Zurückverweisung der Ziffer III an die Kommission wird gegen wenige Stimmen des Centrums, der freisinnigen Vereinigung und der Antikemiten abgelehnt.

Der Antrag Horn (natl.) den Abonnementspreis der Verrechnung zu Grunde zu legen, wird ebenfalls gegen eine kleine Minderheit Nationalliberaler abgelehnt.

Der Antrag Dr. Marcour (L.) auf Einführung des Jontarifs wird ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag Diez (Soz.) die Zeitungsgelder von 3 auf 2 Pf. herabzusetzen wird gegen die Stimmen der Mehrheit beider konservativer Parteien angenommen.

Der Antrag Dabach (L.), wonach der Satz in Article 3, daß bei Feststellung des Jahresgewinnes Druckteile eines Kilogramms als volles Kilogramm gerechnet werden sollen, gestrichen werden soll, wird angenommen.

Die Anträge Bachnide (fr. Wg.) und Müller-Sagan (fr. Wg.) auf Entschädigung bei Selbstverpackung werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt. Im übrigen wird Ziffer III des Artikels 1 unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Kommunales.

Der Stadtverordnete Perle in Gemeinschaft mit noch zwölf Stadtverordneten haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst in Gemäßheit des § 8 des Kommunal-Beamten-Gesetzes den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch das die Beamten der städtischen Verwaltung und der übrigen städtischen Beamten gleichgestellt werden. Ferner haben der Stadtverordnete Wallach und noch dreizehn Stadtverordnete an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, mit der Gemeinde Tempelhof in Verhandlung zu treten wegen Eingemeindung der Südseite der Straße Hasenfelde in Berlin.

Das Plenum der städtischen Deputation beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Voigt mit der Umgestaltung der Straße Unter den Linden. Die Deputation genehmigte, gleichwie die städtische Deputation, das vom Bauat Krause angeordnete Projekt mit einigen kleinen Änderungen. Die Mittelpromenade soll eine Breite von 11,50 Meter haben. Auf jeder Seite ist ein Rasenstreifen von 8 Meter Breite vorgesehen, welcher durch Bordsteine und niedrige Parkgitter eingefaßt ist. Diese Rasenflächen sollen dazu dienen, je zwei Reihen Kleeblätter aufzunehmen und ihnen die zu ihrem Wachstum erforderliche Luft und Feuchtigkeit zuzuführen, dann aber auch, um eine durch Blumenanlagen, Teppichdecken, Buschwerk etc. geschmückte Gartenanlage zu schaffen, die das Straßenbild verschönern soll. In der Mittelpromenade, welche mit einem 8 Meter breiten Rasenpflaster und von beiden Seiten mit Tiergarten-Ruhebänken versehen werden soll, welche in Einkünften der Rasenstreifen aufgestellt sind und mit Buschwerk umfaßt sind, sind nur die alten Lichtträger verbleiben, alle Anschlagstulen, Urantla-Hörner, Trinkfontänen und Beckenfontänen sind an derselben entfernt und soweit sie beibehalten werden müssen, anderweitig untergebracht worden. Die Aufstellung der Säulen und Uhren ist an den Enden der Rasenflächen, die an Straßenkreuzungen entsprechende Ausbuchtungen erhalten, vorgesehen. Die beiden Fahrbahnen sollen eine Breite von 10 Meter erhalten. Eine angemessene Verbreiterung erfahren auch die beiden Fußwege. Soll der Reitweg beibehalten werden, so läßt sich derselbe mit einer 4,50 Meter breiten Reitbahn auf der nördlichen Rasenfläche unterbringen; es bleiben dann neben beiden Baumreihen nur kleinere Rasenstreifen von 1,25 Meter beziehungsweise 1 Meter.

Die Deputation beschäftigte sich auch mit einem Vorschlage eines Banplatzes für das neue Amtsgerichtsgebäude Berlin-Wedding. Die Deputation will zu diesem Zwecke den Brunnensplatz an der Pantstraße empfehlen, welcher eine angemessene Größe hat, um darauf ein entsprechendes monumentales Gebäude errichten zu können.

In dem Plenum der städtischen Deputation wurden gestern auch die Vorschläge der Georgenkirche über die Umwandlung des an der Nordseite des Georgenkirch-Platzes vorhandenen Weges in eine öffentliche Straße, sowie für die Feststellung von Fluglinien zum Zwecke der Durchsicherung der Einfahrt zum Kirchplatz von der Landbergerstraße aus über den Platz bis zur Reuen Albinstraße im wesentlichen angenommen. — In die Sitzung des Plenums der Deputation schloß eine Sitzung der Tiefbau-Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Voigt an; in derselben wurde ein Kostenaufschlag vorgelegt, der den weiteren Verhandlungen mit den Staatsbehörden über die Anlage einer rechtsseitigen Uferstraße zwischen dem Mühlendamm und der Waisenbrücke und der Veränderung des Spreelaufes zu Grunde gelegt werden soll. Die Deputation hat dem Aufschlage zugestimmt. Ferner genehmigte die Deputation die Festsetzung neuer Fluglinien und Anlegung neuer Straßen in Abteilung XII des Bebauungsplanes südlich der Verbindungsbahn auf dem Woywitschen Gelände. — Schließlich lebte die Deputation einen Antrag auf Veragung der inneren Wandflächen der Bedürfnisanstalten zu Kellern ab.

Lokales.

Städtischer Wahlkreis (Süd-Ost). Der Wahlverein IV (Südost) veranstaltet am Sonntag in Graumanns Salon, Rammstr. 27, ein Familienfranzösischen. Dies Arrangement entspricht einem lange gehegten Wunsch einer großen Zahl der Mitglieder. Bei dem äußerst billigen Eintrittspreis von nur 30 Pf. inkl. Tanz, erwarten wir recht zahlreichen Besuch.

6. und 7. Kommunalwahlbezirk. Heute, Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr, findet bei Köhler, Teltowerstr. 88, eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in welcher der Stadtverordnete Dr. Curt Freudenberg über die bevorstehenden Stichwahlen referieren wird. Es ist Pflicht jedes Wählers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Freie Volkshöhle. Die Aufführung „Winterschlaf“ für die III. Abteilung findet Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr im Carl

Wahl-Theater statt. Zum Winterfest, am 18. November, sind in allen Poststellen Bestmarten a 50 Pf. erhältlich nur für Mitglieder. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand, J. A. G. Müller.

Ein unbändiger Durst nach Freiheit

macht sich als verhängnisvolle Wirkung der von der Socialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen erzielten Erfolge in der — Zuchthauspresse breit. Der diese Lumbern nicht glauben will, der lese eine Auslassung, die zuerst von der offiziellen „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ verfaßt, dann aber u. a. von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt worden ist.

Da wird zunächst beklagt, daß die Wahlen im allgemeinen und die Stadtverordnetenwahlen im besonderen nicht frei sind. Das trifft, wie die socialdemokratische Presse unzählige Male nachgewiesen hat, besonders bei den öffentlichen Wahlen zum Landtage und zur Stadtverordneten-Versammlung in solchem Maße zu, daß häufig kein in Staatsverhältnissen beschäftigter Arbeiter sich getraut hat, seiner Ueberzeugung nach socialdemokratisch zu stimmen, wenn er nicht empfindliche Mahregelungen riskieren will. Nun aber höre man die offiziöse Klage:

„Wären die Wahlen frei, d. h. in dem Sinne, daß jeder so wählen könnte, wie es ihm und Herz ist, ohne daß er befohlen müßte, mit seiner Stimmabgabe irgendein Anstoß zu erregen, so müßte die Socialdemokratie ihre Stube nur ruhig zumachen, es würde niemand Einlaß begehren.“

Diese haubdäusere Entdeckung wird folgendermaßen unter Beweis gestellt:

Der moderne Arbeiter schafft unter steter participativer Arbeit. Ueberall hat die Partei ihre Aufpuffer und Exponenten. Der Schläfersack ist in seinen vier Pfählen, der Handwerker in der Werkstatt, der Bauarbeiter auf dem Bau, der Handwerker in der Werkstatt ohne Unterlaß der schärfsten Parteikontrolle ausgesetzt. Der Gastwirt ist gewöhnlich selbst „Genosse“, und schon sein geschäftlicher Vorteil treibt ihn, darüber zu wachen, daß seine Gäste in Worten, Taten und Gedanken streng „parteilichmäßig“ sich benehmen. In seiner ganzen Glorie zeigt sich dieses System bei den Wahlen, mögen sie nun zum Reichstage oder zur Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen werden. Der einzelne Genosse hat sich um nichts zu kümmern. Ihm wird von der Parteivorstellung alles so fix und fertig vorgelegt. Der meist von auswärts verschiedene Parteilauden — er leutet ihn zwar nicht, aber er muß für ihn stimmen, denn so will es der hinter den Coulissen regierende „große Unbekannte“; das Wahllokal — er hat es sich zwar nicht ausgesucht, (aber die Socialdemokratie, D. N.) aber er hat sich dort zu einer bestimmten Stunde einzufinden; der Stimmzettel, er wird ihm von dem „Vertrauensmann“ in die Hand gedrückt; welche dem, der den „Genossen“ mit einem anderen bewaffnen wollte. In der Moment gekommen, so nunstert der socialdemokratische Wahlkorporationsführer die Häupter seiner Lieben, und dann wird „in gleichen Schritt und Tritt“ der Wahl zum Wahllokal angetreten; hier muß Mann für Mann unter dem Auge des „Vertrauensmannes“ den vorhin erhaltenen Zettel abgeben, um sich dann, ro bene gesta, als Mehrer fügen zu dürfen, der seine Arbeit gethan hat.“

So, nun wissen die Parteigenossen, wie sie unter der Fuchtel stehen. Die Tyrannnei der Socialdemokratie ist so arg, daß der mißhandelte Wähler, wenn er am Kreuzberg wohnt, nicht einmal die Freiheit hat, sich das Wahllokal etwa am Gendarmenbrunn anzufragen zu dürfen, sondern dort wählen muß, wo die natürliche ebenfalls von der Socialdemokratie terrorisierte Ortsbehörde ihn im geheimen Auftrage der Parteihäuptlinge hintereordert. Einfach schenlich!

Wer an solche Tyrannei nicht glauben will, bezahlt einen Thaler an den Florentiner oder tritt zur Strafe in Wahlfreie des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten Müller in Arbeit, wo die Vergewaltiger bei der vorletzten Reichstagswahl bekanntlich noch allerniedrigster Feststellung wie eine Herde sich unter der Aufsicht von Steigern mit Müllerschen Stimmzetteln versehen und dann an die Waffnahme getrieben worden sind.

Aber da fällt uns eines ein. In ihrer Verbohrtheit haben die socialdemokratischen Parteitruppen sich selber ihr Grab gegraben, indem sie für geheime Stimmabgabe bei allen Wahlen eintraten und überdies in einem bestimmten Antrage bei den Reichstagswahlen die Abgabe des Stimmzettels in amtlichen Conventen, sowie sonstige Sicherstellungen der Unabhängigkeit des Wählers vorgelesen haben wollten. Dieser Antrag ist von der Regierung mit der allein freiherrlichen Forderungen entgegengebracht. Nichts ist abgehandelt und von der ihr zugewandten Presse während mit dem Einwand beglückwünscht worden, daß die manichäische Natur des Reichstages in der Zumutung, geheim abzustimmen, eine Verleumdung erkläre müsse.

Man braucht die nach der neuesten offiziellen Entdeckung als unfehlbares Socialistenmittel vorkommenden Anträge der socialdemokratischen Reichstagsfraktion nunmehr ja nur von Regierung wegen zu acceptieren und alle socialdemokratische Parteitruppen ist man sofort geschlagen. Was kann es erwünschteres geben, als wenn die Socialdemokratie an ihren eigenen Forderungen zu Grunde geht, um in offizieller Sprache zu reden, vor etnem Uebermaß von Freiheit „ihre Stube zumachen“ muß?

Ueber unzulässige Stadtverordneten-Wahlen weiß die „Verl. Zeitung“ zu melden: Die Wahl des Rentiers Runge im 3. Bezirk der 2. Abteilung hat sich als unzulässig herausgestellt. Herr Runge besitzt zwar in Berlin Grundbesitz, wohnt auch lange Jahre hier, bezog aber vor einiger Zeit nach einem Vororte, von dem er erst vor 7 Monaten nach Berlin zurückgekehrt ist, während die Wählbarkeit einen mindestens einjährigen Wohnsitz voraussetzt. Ungültig soll auch die Wahl des Socialdemokraten Müller im 44. Bezirk der 8. Abteilung sein. In diesem Bezirk war ein Hausbesitzer zu wählen; Herr Müller soll aber erst nach der Wahl einen Hausanteil erworben haben.

Es wäre interessant zu erfahren, wie die „Berliner Zeitung“ dazu kommt, Stadtverordneten-Wahlen als unzulässig hinzustellen, bevor die zuständige Stelle überhaupt Gelegenheit gehabt hat, in die Prüfung der Mandate einzutreten. Was unsern Parteigenossen Müller betrifft, so können wir der „Verl. Ztg.“ die Versicherung geben, daß ihre Meldung auf jeden Fall eine irrtümliche ist. Müller war vor dem Wahltermin Hausbesitzer.

Den in Berlin ansässigen Rechtskonsulenten ist jede Aufsicht auf Zulassung als Prozeßführer bei den höchsten Amtsgerichten genommen worden. Nach Veröffentlichung des Erlasses des preussischen Justizministers vom 25. September d. J., wonach die Gesuche um Gestattung des mündlichen Verhandels vor den Amtsgerichten mit einem selbstverfaßten und selbstgeschriebenen Lebenslauf bei dem aufsichtführenden Richter des Amtsgerichts einzureichen sind, gingen bei den Amtsgerichten eine große Anzahl solcher Gesuche ein. Sie wurden nach Einziehung einer polizeilichen Auskunft dem Präsidenten des Landgerichts I zur Entscheidung vorgelegt. Dieser hat nun den Gesuchstellern folgenden Bescheid zugehen lassen: „Auf Ihren an den Herrn Amtsgerichts-Präsidenten gerichteten Antrag lehne ich es ab, Ihnen durch eine allgemeine Anordnung das Verhandeln vor Gericht zu gestatten. Für die Erteilung dieser Erlaubnis liegt bei dem Amtsgericht I in Berlin kein Bedürfnis vor, weil für die Parteien ausreichende Gelegenheit zu einer Verurteilung durch Rechtsanwältinnen besteht. Die fragliche Erlaubnis wird vorläufig von mir niemandem erteilt werden. Der Präsident des königlichen Landgerichts I, gez. Braum.“ Wie wir hören, beabsichtigen die Rechtskonsulenten, Beschwerde beim Kammergerichtspräsidenten einzulegen.

Ueber die letzte Sitzung des Centralvereins für Arbeitsnachweis liegt folgende Berichterstattung vor: In den abgelaufenen 10 Monaten sind von 38 270 eingeschriebenen arbeitslosen Personen 28 947 in Stellung gebracht; gegen das Vorjahr hat sich wiederum eine erhebliche Steigerung vollzogen, die sich bei den besetzten Stellen auf rund 6000 beläuft.

Der Vorstand genehmigte das Statut des paritätischen Fachverbandes. Nachweis für die Waler-Zinnung. Nach den Mitteilungen des Vorsitzenden sind Verhandlungen mit anderen Gewerben wegen Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise noch im Gange. Im Voranschlag für 1900 wurden die Einnahmen und Ausgaben mit 23 000 M. festgestellt. Auf eine an den Minister für öffentliche Arbeiten gerichtete Beschwerde wegen Heranziehung von Reservisten und Landbewohnern für die Arbeiten der Eisenbahnerverwaltung ist ein Bescheid ergangen, wonach künftig der Arbeitsnachweis des Centralvereins bei Bedarf von Arbeitern in Anspruch genommen werden sollte; da dies inzwischen thatsächlich in umfangreicherem Maße geschehen ist, hält der Vorstand die Angelegenheit einstweilen für erledigt. Der Arbeitsnachweis des Vereins hat in letzter Zeit auf Ansuchen des Colonialamts zahlreiche Arbeiter für unsere Kolonien gestellt; ein dem Vorstand angehöriger Vertreter der Arbeitnehmersinnung bittet dahin zu wirken, daß diesen Arbeitern auch für den Fall ihrer Erkrankung eine geeignete Pflege zu teil wird. Schließlich machte der Vorsitzende Mitteilung über die von ihm gethanen vorbereitenden Schritte betreffs Errichtung eines Arbeitsnachweis-Gebäudes, welche allseitige lebhafteste Zustimmung fanden.

Professor Rudolf Virchow beging gestern den Tag des 50jährigen Ordinariums-Jubiläums. Dem greisen Gelehrten wurden aus diesem Anlaß zahlreiche Ehrungen zu teil.

Bei der Freilegung der Fundamente der Radwege am Petriplatz wurden mehrere vollständige Skelette aufgefunden. Diese Ueberreste stammen vom alten Petrikirchhof, der im Jahre 1863 aufgehoben wurde.

Durch eine Pulverexplosion wurden gestern nachmittags zwei Personen verletzt. Bei dem Hofschneidmacher Förster, Taubenstr. 60, entzündete sich auf noch nicht aufgekärter Weise ein Kasten Pulver, und dem erschreckten Personal blieb nichts anderes übrig, als sich durch die Fenster zu retten, wobei zwei Gehilfen einige nicht gefährliche Schmitzwunden davontrugen. Die alarmierte Feuerwehre fand wenig zu thun, da die Feuergefahr bereits beseitigt war.

Beschädigung des Goethe-Denkmal im Tiergarten. Bei der jetzt seitens der städtischen Organe vorzunehmenden Restaurierung des Goethe-Denkmal hat sich herausgestellt, daß die Genien in Anbengestalt des Denkmalsockels am Unterleibe durch Steinwürfe, zum Glück nicht bedeutend, beschädigt sind. Die Beschädigungen müssen schon vor einiger Zeit erfolgt sein.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Stromaufsicht über den Verbindungskanal zwischen Spree und Pflanzenseer Schleuse, soweit diese Wasserstraße zu Charlottenburg gehört, wird vom 1. Januar 1900 ab von der königlichen Polizeidirektion zu Charlottenburg ausgeübt werden.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern, Mittwochmorgen, um 3/4 Uhr der Hornmeister John in der Eisengießerei von Hartung in der Wellerstraße. Eine Eisenstange fiel ihm auf ein Bein und zerschmetterte ihm den Oberschenkel. Der Verunglückte wurde mit einem Koppeligen Rettungswagen in das Krankenhaus zu Roabit gebracht.

Durch Aufschneiden der Putzadern verletzten sich heute vormittag die 58 Jahre alte Kaufwärtin Dorothea Müller in der Kopenstr. 56 zu töten; sie wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Selbstmord eines Kindes. Im Hause Meyerstraße 5 hat Dienstadtgebend in der achten Stunde ein einjähriges Mädchen Selbstmord begangen. Es war die Tochter eines Friseurs Weisloß, die von ihrer Mutter gescholten worden war, weil sie bei einem ihr gewordenen Antrag zu viel Zeit vertrieben hatte. Mit den Worten: „Du siehst mich lebend nicht wieder!“ eilte das Kind in ein Nebenzimmer und stürzte sich dort aus dem Fenster der im zweiten Stock belegenen Wohnung. Das schwer verletzte Kind wurde noch lebend aufgefunden und in die nächste Unfallstation gebracht, starb aber bald darauf. Es soll schwärmerisch veranlagt und durch Lesen romantischer Lektüre geistig verwirrt worden sein.

Einen Selbstmordversuch machte gestern morgen das 16 Jahre alte Dienstmädchen Ida Rudloff aus der Pfendburgerstr. 25. Das Mädchen kam vor vierzehn Tagen von der Mutter von Streif nach Verlust und fand in der Pfendburgerstr. 25 einen Dienst bei einer alleinstehenden Dame. Diese war mit den Leistungen wenig zufrieden. Dazu kam, daß das Mädchen einmal heimlich Besuch empfing und am Sonntag beim Ausgehen unbemerkt den Haus Schlüssel mitnahm und hat um 10 erst um 1 Uhr wieder nach Hause kam. Diese Vorkommnisse berücklichtete die Dienstherrin an die Mutter. Als die Frau das erfahren hatte, lief sie gestern morgen, sobald das Haus geöffnet wurde, weg, ging an die Spree, schnitt sich die Pulsadern auf und stürzte sich ins Wasser. Ein Schuhmann sah das Begehren der Lebensmüden, rettete sie und brachte sie in ein Krankenhaus.

Auf dem Bau tödlich verunglückt ist gestern Abend um 9 1/2 Uhr der 25 Jahre alte unbedeutende Arbeiter Karl Meyer aus der Dackdorferstr. 17. Meyer war mit Arbeitsgenossen auf dem großen Neubau Köpplerstr. 55 und Mühlengasse 17 im dritten Hofe mit dem Aufwinden von eisernen Trägern beschäftigt. Während er oben im vierten Stock stand, machte ein hochgewundener Träger, den ein untenstehender Arbeiter mit einem Seil in einer bestimmten Richtung halten sollte, plötzlich eine Drehung und stieß Meyer gegen den Unterfuß. Der unbemerkte Stoß brachte den Mann ins Wanken und warf ihn vom Gerüst, so daß er bis in den Keller hinabfiel. Der Verunglückte lebte nur noch wenige Minuten.

Durch eine Verwechselung von Flaschen ist gestern die Aufwärtin Frau Agnes Müller im Frauenwahl in der Füllierstraße schwer zu Schaden gekommen. Auf der Wochbahn, an der sie beschäftigt war, standen zwei Flaschen, eine mit Bier, eine mit einer ägenden Lauge. Als sie nun ihren Durst stillen wollte, trank sie statt Bier die Lauge und verbrannte sich den Mund und den Rachen sehr schwer.

Eine eigentümliche Erledigung hat ein Todesbrief gefunden, den die Staatsanwaltschaft am Landgericht I vor einiger Zeit hinter dem 16 Jahre alten Knaben Georg Kautz aus der Postoderstr. 1 erhielt. Kautz hatte, wie wir seiner Zeit mitteilten, ein Mädchen, das er nach Hause begleitete, zu vergehlichen Versuch und nach einer schweren Mißhandlung seines Vornamens beabsichtigt. Während er von der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei gesucht wurde, war der jugendliche Verbrecher mit dem falschen Namen Franke als Knabe in Schöneberg beschäftigt. Dieser vermeintliche Franke verunglückte, wie vor mehreren Wochen berichtet wurde, durch einen Zusammenstoß seines Fuhrwerks mit einem elektrischen Straßenbahnwagen in der Bülowstraße und kam dabei ums Leben. Als nun zum Zweck der Vererdigung des Verunglückten und der standesamtlichen Wahrung des Todesfalles die Persönlichkeit genau festgestellt werden mußte, entdeckte man, daß unter dem Namen Franke ein Berliner tödlich verunglückt war. Schließlich wurde jetzt ermittelt, daß der Stötere der verfolgte Kautz war.

Durch einen Wechsel in Lissabon sind der Dresdner Bank vor zehn Tagen Wechsel über die Gesamtsumme von 250 000 M. abhanden gekommen. Die geraubten Briefe, die Wechsel enthielten, waren an eine Lissaboner Firma gerichtet. Da die Wechsel natürlich genau gebucht sind, so konnte die Bank, die sofort benachrichtigt wurde, unverzüglich die nötigen Schritte thun, um die Papiere für nichtig erklären zu lassen. Ein Schaden erwächst ihr also aus dem Raube ebenso wenig wie den Räubern ein Gewinn.

Das Ehepaar O. Wallen, welches vor drei Jahren seine diebesartige Fah-Flucht von San Francisco aus unternommen hat, tritt am heutigen Donnerstag und den drei folgenden Abenden im Theateraal des Hoftheaters-Panoptikon auf, um in kurzen Umrissen dem Publikum seine Reise-Erlebnisse zu schildern. Herr und Frau O. Wallen sind recht amerikanische Art verpackt, ganz mittellos zu reisen und dürfen ihren Aufenthalt nur aus dem Größeren der durch sie verurteilten Verbrechen. Haben sie ihren Ausgangspunkt San Francisco nach fünf Jahren glücklich zu Fuß wieder erreicht, so müht ihnen als Preis eine Summe von 30 000 Mark, welche bei einem ersten amerikanischen Bankausbeute scheinbar ist.

Theater. Im Schiller-Theater wird das Lustspiel „Coprienne“ (D'Almeida) von Carou und G. de Nalac, in der Bühnenbearbeitung von Oscar Blumenthal, vorgeführt. Die erste Aufführung ist für Freitag, den 24. d. M., festgesetzt. Sondernamen Schauspiel „Die Chöre“ wird am nächsten Sonntagabend wiederholt. — Am dem Ferdinand Freilicht'sche Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 18. November, im Bürgercafé des Rathhauses veranstaltet, hält Dr. Raphael Löwenfeld den einleitenden Vortrag.

Aus den Nachbarorten.

Das Resultat der Stadtverordneten-Wahlen in Spandau ist, soweit uns Meldungen vorliegen, leider nicht mit Sicherheit festzustellen und werden wir erst die amtliche Feststellung abwarten müssen. Wahrscheinlich sind die Genossen Schröder, Pieper und Gatteler zu Stadtverordneten und Kunkel als Ersatzmann gewählt, während die Genossen Scholz und Nieger in Stichwahl kommen. Die durchschnittlich abgegebene Stimmenzahl beträgt 1000. In Gesamt erzielten unsere Kandidaten folgende Stimmenzahl: Schröder 841, Pieper 830, Gatteler 822, Scholz 795, Nieger 784, Kunkel 727.

In Friedrichshagen findet Sonntagnachmittag 4 1/2 Uhr im Lokal von Hube eine Versammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Hube über die Bedeutung der Kommunalwahlen für den Arbeiter spricht.

Socialdemokratischer Sieg in Trebbin. Wie die Socialdemokratie überall auch an kleineren Orten festen Fuß faßt, zeigt eine erfreuliche Meldung, die uns aus Trebbin zugeht. Dort haben sich unsere Parteigenossen nach neunjähriger Pause am Dienstag zum erstenmal an der Stadtverordnetenwahl beteiligt und zwar mit überraschend günstigen Erfolge. In der dritten Abteilung waren zwei Stadtverordnete zu wählen. Während der Parteigenosse Zimmerer Karl Dornbusch glänzend über den Gegner lagte, unterlag der zweite socialdemokratische Kandidat Gastwirt Albert Rudolph allerdings; aber auch ihm fehlten nur 7 Stimmen an der Majorität. Mit Dornbusch zieht in Trebbin die erste Socialdemokrat in die Stadtvertretung ein; in fleißiger Agitation wird dahin gewirkt werden, daß bei den Wahlen im nächsten Jahre die dann in Frage stehenden drei Mandate dritter Abteilung von unseren Parteigenossen hingen erobert werden.

Schöneberg. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Schönbauerer Hauptstr. 111/112, Generalversammlung der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Schöneberg und Friedenau. Ersatzwahl von zwei Delegierten der Arbeitnehmer. Es ist um so mehr Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen, als dies die erste Versammlung ist, welche in einem von Arbeitern nicht gesperrten Lokale stattfindet.

Wie dem „Adb. Kreisbl.“ aus Erlau gemeldet wird, ist unter dem Kostwird der Oberförsterei Erlau und Friedersdorf eine Seuche ausgebrochen, der bereits viele Tiere zum Opfer gefallen sind. Käse Siringe sind in den letzten Tagen in beiden Oberförstereien verendet aufgefunden worden, hiervon vier an einer Stelle. Die Art der Seuche, die einen größeren Umfang anzunehmen scheint, ist selbst älteren Forstmännern unbekannt. Ein an der Seuche zu Grunde gegangener Hirsch ist der tierärztlichen Hochschule in Berlin zur Untersuchung überhandt worden.

Versammlungen.

Die Wähler Berlin hatten sich am 12. November zu einer öffentlichen Versammlung im Kolberger Salon zahlreich eingefunden, um Stellung zu dem Aufstand in der Fabrik nach (Inhaber R. Lewy) zu nehmen. Der Berichterstatter führt ungefähr folgendes aus: Es wird wohl wenig Wähler in Berlin geben, welche nicht das Jdyl in der Antontirage kennen. Nicht ihren himmlischen Einrichtungen hat diese Weltfirma ihren Ruf zu verdanken, sondern dem Umstande, daß sich in diesem Betriebe, die man möchte sagen, vornehmlichsten Arbeitshilfen und Werkzeuge erhalten haben. In die Räume der Fabrik hat die Technik der Kunst noch keinen Einzug gehalten, um dem Wähler seine schwere Arbeit erleichtern zu helfen. Nach alledem ist es sehr erklärlich, daß der Verdienst ein sehr geringer ist. 25-30 M. Wochenverdienst ist für diese Schinderei, denn mit arbeiten kann man diese Thätigkeit nicht mehr bezeichnen, nur ein Zehntel.

Nun ist eine Lieferung Lagerfässer, 60 und 70 Hektoliter groß, für die Schullisch-Brauereien angefertigt. Für diese außerordentlich schwere Arbeit verlangte nun die zuerst damit beauftragte Kolonne eine Zulage von 10 Pf. pro Hektoliter und eine Durchschlagsmaschine. Die Zulage wurde rundweg abgelehnt. Wetzeß der Maschine, meinte Herr Lewy, ginge es nicht so schnell, er müßte sich erst bei Geschäftskollegen erkundigen; er erklärte den Leuten, wenn sie für den alten Preis die Arbeit nicht machen wollten, hätte er in diesem Falle keine andere Arbeit für sie. Daraufhin

legten fünf Mann die Arbeit nieder. Die anderen Lagerfasserarbeiter erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch. In der Mittwoche, den 8. d. Mts., stattgefundenen Werkstellensprechung wurde eine Kommission gewählt, um mit Herrn Lewy zu verhandeln und so auf gutem Wege den Frieden anzubahnen, was leider an dem Widerstand des Herrn Lewy scheiterte. Im Laufe der anderen Tage wurden uns auf die 60 Hektoliter-Fässer 5 Pf. bewilligt, auch wurde das Versprechen gegeben, die geforderte Maschine möglichst schnell anzuschaffen. Die Wähler wollten nun, wenn Herr Lewy sich herbeiließe, auch auf die 70 Hektoliter-Fässer noch 5 Pf. pro Hektoliter zuzulegen, die Arbeit wieder aufnehmen. Auch dieses Anerbieten wurde abgelehnt. Am Sonntag wurde dann in geheimer Abstimmung mit 20 gegen 5 Stimmen der Streik beschlossen. Hieraus ist zu ersehen, wegen welcher Kleinigkeit die Leute zum Streik gezwungen wurden. Demnach muß man, daß Leute, welche schon 10-20 Jahre in diesem Geschäft arbeiten, es für unwürdig halten, unter den Bedingungen, wie sie Herr Lewy gestellt hatte, zurückzutreten. Die Diskussionen gingen mit Herrn Lewy ins Gericht. Es wird nachgewiesen, daß der Lohnsatz um 20-25 Prozent hinter den west- und süddeutschen Löhnen zurücksteht. Auch die sanitären Einrichtungen werden besprochen: Es ist nicht mal ein Spießraum vorhanden. Die Wähler, deren Verhältnisse es nicht gestattet in der Nähe zu wohnen, müssen ihre Mittagspausen in allerhand Räumen verbringen, als da sind Maschinenstube, auf dem Dampfessel oder in den Arbeitsräumen. Alle Redner wünschten, daß Herr Lewy, welcher als einer der reichsten Männer des Berliner Nordens gilt, beigebracht wird, daß man auch einem Arbeiter seinen wohlverdienten Lohn zukommen lassen muß. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die versammelten Wähler Berlin erklären die Forderungen ihrer Kollegen in der Fabrik nach als vollständig gerecht und verpflichten sich, die Ausständigen ohne Unterschied moralisch und finanziell zu unterstützen.

Eine Lokalkommission wird gewählt und besteht aus den Wählern Klafsch, Kroll, Rantich, Jäger, Josephski, Rehs und Gussod. Der Vorsitzende fordert zum festen Zusammenhalt auf und schließt die Versammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten. Donnerstag, den 16. November cr., abends 7 1/2 Uhr bei Schuler, Rosenhagenstr. 67: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Franz Wallner über: „Der Wert der Konsumgenossenschaften.“ Diskussion. Berichtlesen.

Centralverband der Konditoren (Mitgliedschaft Berlin). Heute, abends 9 Uhr präzis bei Schuler, Rosenhagenstr. 67: Mitglieder-Versammlung. Bitte willkommen.

Berliner Naturhistorischer Verein II. Abends 8 1/2 Uhr, Sonntag, 5. I. Diktionsabend. Thema: Rückenmarkshirnhöhle. Völkner tritt frei.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Unter den Linden 18, Hof III: Diskussionsabend über „den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen.“ Referent: Prof. Dr. Bruno Meyer. — Nur für Mitglieder (so. Registration durch Mitgliedsliste).

Adlershof. Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Bildungsbundes im Locale des Herrn Schmauser. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Attentate in der preussischen Geschichte.“ 2. Diskussion. — Bitte willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Vermischtes.

Eine Eisenbahn-Katastrophe mit entsetzlichen Folgen hat sich in Holland ereignet. Aus Amsterdam meldet man darüber: In der Nähe von Capelle an der Oefel zwischen Gouda und Rotterdam stießen Mittwochvormittag, wahrscheinlich wegen des dichten Nebels, zwei Eisenbahnzüge zusammen. Von Rotterdam sind Wagen abgefallen, um die Verwundeten dorthin zu bringen. Es sind 5 Personen getötet und 29 verletzt worden. Die Verwundungen von 15 der letzteren sind tödlich. Das Unglück entstand dadurch, daß der die Post von London mitführende Zug, von Wlissingen kommend, in voller Fahrt dem zweiten Zug in die Planke fuhr. Dem Vernehmen nach ist von den Passagieren des Postzuges niemand getötet oder verletzt worden.

In Paris hat die Gattin des Bildhauers und Graveurs Dupuis in einem Unfall von Geistesgestörtheit ihren Mann erschossen und darauf Selbstmord verübt.

Kein Kandidatenmangel. Bei der Gemeindevahl in Germersheim (Pfalz) waren bei Auszählung der Stimmen über 200 Wahlkandidaten und im Kreisstadt a. d. S. bei der Stadttratswahl gar nahezu 400 Kandidaten zu registrieren. Die Pfälzer leiden also keineswegs an Kandidatenmangel. Germersheim hat 6000 und Kreisstadt 15 000 Einwohner.

Aus Liverpool wird berichtet: Eine Feuersbrunst zerstörte gestern in der hiesigen Dock eine große Menge Fein, welches nach Südamerika verladen werden sollte. Der Schaden wird auf fünf Millionen geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.
Häfter. Eine Wiltarbe zählt tausend Millionen.
Fragenarbeit. Das Programm der deutschen Socialdemokratie stellt keine besonderen Forderungen zum Schutze der Arbeiterinnen auf. Dagegen heißt der letzte Paragraph in Hannover besondere Forderungen auf, die Sie im Protokoll dieses Parteitages Seite 66 abgedruckt finden.
Angehrtrauf. Die Direktion der Augenheilanstalt am Gesundheitshof befindet sich Wilhelmstr. 74, Berlin. Kreislicher Leiter der Anstalt ist Professor Dr. G. H. B. Die Frage, wie es kommt, daß Sie jede Nacht träumen, kann nur durch eine Heilungserkrankung beantwortet werden. Wenden Sie sich an einen Arzt.
H. J. Wenn das Urgebot noch vor dem 1. Januar 1900 erfolgen soll, so ist in Ihrem Fall vaterliche Einwilligung erforderlich, sonst nicht.

Marktpreise von Berlin am 14. November 1899

nach Ermittlungen des Hl. Volksgesamtvorstandes.

*) Weizen	D. Gr.	14,90	13,80	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	"	14,30	13,00	Rindfleisch	1,80	1,-
*) Futterweizen	"	14,10	13,-	Lammfleisch	1,00	0,90
Kafer gut	"	15,20	14,50	Butter	2,80	2,-
" mittel	"	14,40	13,70	Stier	60 Stück	4,80 2,40
" gering	"	13,60	13,-	Schafsch	1 kg	2,20 1,30
Mehlweizen	"	5,-	3,50	Kaie	"	2,80 1,20
Haar	"	6,80	4,-	Lambert	"	2,60 1,-
*) Erbsen	"	40,-	25,-	Sechse	"	1,80 1,-
*) Weizenbrot	"	50,-	25,-	Brotze	"	1,80 0,80
*) Weizen	"	70,-	30,-	Schlichte	"	2,80 1,20
*) Weizen, neue	"	7,-	5,-	Stärke	"	1,20 0,80
*) Weizen, alte	"	1,00	1,20	Arbeits	per Schock	12,- 8,-
*) Weizen	"	1,20	1,-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle des Preuss. Landwirts (Schiffbauwerk - Röhrenwerke) und umgerechnet vom Volksgesamtvorstand für den Doppelzentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktionsmarkt vom 15. November. Getreide setzte am heutigen Vormittag sehr ein auf höhere amerikanische Preise, bald jedoch machte sich infolge vermehrter Angebote Roggenbrot für Roggen geltend, der Artikel gab im Preise nach und Weizen wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Roggen, welcher lebhaft gehandelt wurde, stieg 0,75-1 Mark ein, Weizen war etwa 0,50 Mark billiger als gestern zu haben, wurde aber weniger gehandelt. Weizen gingen beide Prokuranten noch um je eine weitere halbe Mark im Preise zurück, obwohl die russischen Roggenofferten nach den letzten hiesigen Preisstellungen außer Stande sind. Hafer lag behauptet, Mühlmehl wenig verändert.

Spekulation. Am Spiritusmarkt wurde loco Trier mit 47,40 (- 0,10) bezahlt. Termine waren bei etwas regerem Handel im Preise behauptet.

Städtischer Schachspielmarkt. Berlin, 15. November 1899. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 488 Klüber, 1592 Klüber, 732 Schach, 10 582 Schach. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schachgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): für Kinder: a) vollstehende, ausgemahlte, höchsten Schachgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischig, nicht ausgemahlte und ältere ausgemahlte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 52-53. — Buhler: a) vollstehende höchsten Schachgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 48-53. — Färsen und Kühe: a) vollstehende, ausgemahlte Färsen höchsten Schachgewichtes 00-00; b) vollstehende, ausgemahlte Kühe höchsten Schachgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgemahlte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 51-53; e) gering genährte Kühe und Färsen 48-50. — Schafe: a) feinste Wollschaf (Schafsch) und beste Sauglähler 75-78, b) mittlere Wollschaf und gute Sauglähler 72-74, c) geringe Sauglähler 68-62, d) ältere, gering genährte Färsen 48-48. — Schote: a) Wollschaf und jüngere Wollschaf 62-65, b) ältere Wollschaf 54-58, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Rechtzähle) 48-52, d) Götterfärsen Färsen (Rechtzähle) 00-00. — Schweine: a) vollstehende der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 50, b) Räder 00-00, c) fleischig 48-49, d) gering entwickelte 44-47, e) Sauen 43-45. Der Wollschaftrieb wurde bei auf wenige Stücke gekürzt. Der Wollschafhandel genährte sich gut. Die Schafe wurden ausverkauft. Der Schweinehandel verlief glatt und wurde genützt.

Witterungsübersicht vom 15. November 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Hind. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Temp. in C.	Temp. in F.
Stettin	768	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5
Danzig	773	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5
Breslau	771	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5
Berlin	771	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5
Wien	774	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5
Prag	772	SW	3	bed.	7,5	45,5	7,5	45,5

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. November 1899. Gestern leichter, zeitweise heiter, vielfach wolbig bei ziemlich frischem nord westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

III. Wahlkreis.

Freitag, den 17. November 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Möhring, Admiraistr. 18 c:

Versammlung der Parteigenossen d. III. Wahlkreises.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Konferenz für die Provinz Brandenburg sowie vom Parteitag in Hannover. 2. Diskussion. 214/17 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaur. „Königsäter“, Neue Königsstr. 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Dr. Curt Frosenberg über: Die Prostitution als sociale Erscheinung und als Gefahr für die Volksgesundheit. 2. Diskussion. 3. Vereinstangelegenheiten. Zahlreichen Besuch ersucht. 215/18 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

45. Kommunal-Wahlbezirk.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Maul, Perlebergerstr. 13:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Die bevorstehende Stichwahl. Referent Th. Glocke. Der Vorstand. 218/8 Parteienossen, um den Sieg in unserem Wahlkreis zu einem vollständigen zu machen, ist es notwendig, daß die Genossen bis zum Tage der Stichwahl unabhingig agieren, damit der Genosse Glocke am Tage der Wahl als Sieger hervorgeht. D. O.

Achtung, Bauarbeiter!

Freitag, den 17. November, abends 7 Uhr, im „Clynum“, Landsberger Allee 40/41:

Versammlung sämtlicher Kollegen.

Tagesordnung: 1. Unsere Lohnfrage. 2. Berichtlesen. 33/19 Die Lohnkommission.

Freie Volksbühne.

III. Abteilung: Ostend-Theater 2 1/2 Uhr:

Sonntag nachmittag: Winterschlaf.

Winterfest 18. November in Kellers Festsälen. Das Programm besteht aus einem Künstler-Solistenkonzert und Recitationsvorträgen aus modernen Lyrikern.

Gesangsvorträge: Fr. H. Kaufmann, Herr E. Servator. Streichquartett: Herren Gebrüder Borisch. Pianistin: Fr. Ida Müller. Recitator: Herr Lauronco.

Zum Vortrag gelangen Werke folgender Tondichter: Haydn, Beethoven, Schubert, Bruchmann, Claudius, Mendelssohn, Händl, Schumann; Lyriker: Gottfr. Keller, Arno Holz, Richard Delmei, Julius Hart, Ada Negri, Otto Erich Hartleben, Clara Müller, Deibel v. Lillienkron, Otto Julius Bierbaum. Nach dem Konzert Tanz. Nur für Mitglieder. Festmarken in allen Zahlstellen a 50 Pf. bitten wir rechtzeitig zu entnehmen. 231/17 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 19. November, abends 7 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstr. 75:

Vortrag des Genossen Dr. R. Friedeberg über: Pflege und Erhaltung der Schönheit.

Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein u. Tanz. Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. 5/9

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Zühlke, Teusschstr. 13: 137/13

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schubert über: Der Zweck der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion und Gewerkschaftliches. J. A.: Karl Vankler.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufsartikel: Blau Röper-Jacken M. 1,65, feigend je nach Größe um 10 Pf., Blau Röper-Hosen, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Wästen, Wolltittel u. Monteurhemden. D. Wursel & Co., Brangelsstr. 17

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins

und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung.

Freitag, den 17. November, bei Kollegen Kleinert, Schullstraße: Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald. 57/1

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Zahlstelle Berlin II. Sonnabend, 18. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im Wandier Klubhaus, Preussenstr. 9: 45/12

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Mann und Weib“. Referent Fr. J. Altmann. 2. Diskussion. Nachdem: Tanz. Um rege Beteiligung bitten Die Ortsverwaltung. 20243*

Max Kliems Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.

Zur Mitteilung, daß ich meinen neuen Festsaal, Hasenheide 13, circa 1500 Personen fassend, am 1. Weihnachtstagesfeier eröffne. Stelle besetzen den gebihrten Vereinen, Gesellschaften u. zu Hochzeiten zur Verfügung. Gleichzeitg empfehle meine übrigen Festäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Der Totenfeier sowie einige Sonnabende sind noch zu vergeben. Max Kliem.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Steppdecken

Naturheilverfahren. Ich heile ohne Berufshilfe alle Röhren- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemähe Behandlung. 30460*

am billigsten in der Fabrik von Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstraße 138. Gelegenheitskäufe in Schlaf-, Weiß- und Pfordrücken. Pracht-Katalog (144 Seiten) gratis n. postfrei.

Naturheilverfahren. Ich heile ohne Berufshilfe alle Röhren- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemähe Behandlung. 30460* Fr. C. Henke, Rathenowerstr. 49, 1. Ecke Perlebergerstrasse. Sprechstunden 9-2, 5-9, Sonntags 9-2. Bei Verzögerung der Versandarten 10 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 16. November.

Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Auf Straßurlaub. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Oper-Theater (Krohn). Gustav Wolff. Schlußspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Meister von Palmyra. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sessing. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Der Richter von Zalamea. Anfang 8 Uhr.

Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Weiten. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residens. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.

Luifen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Gelfa. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weisk. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädtsches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die Chansonette. Das Versprechen hinterm Herd. Anfang 7 Uhr.

Welle. Alliance. Gastspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Nicht vom Schillersee. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten. Vorstellung. Rund um Berlin. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Frau Luna. Spezialitäten. Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Palast. Susanne im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.

Vollage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur.“

Hörsaal: Professor Dr. Müller: „Vom Nachtsich.“

Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Der Sieg des Menschen
über die Natur.“
Hörsaal: Professor Dr. Müller:
„Vom Nachtsich.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.

Neu!
**Anatomisch.
Museum.
Passage-
Theater.**
Das Ehepaar
O. Malley auf
seiner Hochzeits-
reise um die Welt
zu Fuß,
und 15 Debuts.

CASTANS PANOPTICUM

Präsident von Transvaal
„Ohm“ Krüger
und
General Joubert
mit kriegsgerüsteter
Boeren.
Eine Gruppe von aktuellstem
Interesse!

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Der Plagmajor.
Thomas, Thielscher, Helmolding,
Junkermann.
Im 2. Akt: Hr. Mutoifop, Terzett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Beste Revität der Saison. Täglich
fast ausverkauft. Täglich:
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang
in 3 Akten (15 Bildern) von Dir.
Carl Weiss und Joh. Dill.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
**Hoffmanns Nord-
deutsche Sänger.**
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Sonntag
nach der Sotree: **Tanz.**
Hoffmann mit'n Loler-
kasten.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Akten, von Calderon
de la Barca, deard. v. Ad. Wildbrandt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Sonnabends, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag: Diefelbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Mlle. Miéte.
Carmen Rocas.
Georg Kaiser.
Familie Klein.
Tartakoff. Zalva Trio.
Cabaret. Mary Wolf.
Die Piccolos.

!! Rund um Berlin. !!

Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn-
und Festtagen 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Telephon Amt I 2126.
Sonntag, den 19. November,
nachmittags 3 Uhr:
**Promenaden-Spezialitäten-Vor-
stellung.**
Abends 7 1/2 Uhr:
**Jubiläums-Vorstellung.
Zum 50. Male:**

Rund um Berlin.

W. Noacks Theater,
Draußenstr. 16.
Der Trompeter von Säckingen
Romantisches Schauspiel mit Gesang
in 3 Akten (7 Bildern)
von Hilbrandt und Keller.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

American-Theater.

Dresdenstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.
„Berlin ulkt!“
12 erstklassige Debuts.
Zum erstenmale in Deutschland:
The American Kineograph
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Circus ALB. SCHUMANN

Grösster equestrischer
Circus der Welt.
Im eleganten neu-errichteten
CIRCUS RENZ
Heute Donnerstag, den 16. d. M.,
abends präz. 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.
Grosse Tableaux vivants von acht
Hengsten. Good Night, das sich ent-
scheidende, das schlafende Bettferd,
vorgeführt vom Dr. Albert Schumann,
der Schöpfer und Erfinder sämtlicher
neuen Dressuren. Mons. Loyal, der
Taubensänger. Mons. Jos. Hodgkin,
Geniemens-Jockey. Ein Schachspieler
Zug mit 16 Rapphengsten. Ori-
ginal-Dressuren d. Dr. Alb. Schumann,
Mons. Bastian und der kleinste Reit-
künstler der Welt Flaimont. Die
urkomischen Burleske-Romans Rappo
und Rosado. Schustorbus, Schulpferd,
geritten in der hohen Schule sowie
in allen Untungen eines bössartigen
Ferberd vom Dr. Alb. Schumann.
Einholungsstrennen. Bicycle-Volo-
Team. Mstr. Charles, Parforce-Reiter.
Travail sans selle Mstr. Romand.
Gavotte viennoise das sin-
gende Ballet 80 Damen etc.

Original Transvaal Boeren.

Circus Busch.
Heute, Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Die Comorra. Großes Panthe-
schauspiel aus dem italien. Leben der
Vergelt. Das elektrische durchsichtige
Wasserbassin. Einbruch der italien.
Diligence mit der 30' hohen Brücke.
Der Sturz ins Wasser von der 100'
hohen Felsenklippe. Mit Sala Lee,
Schulmeisterin. Die drei, hohe Schule
von Herrn Burthard-Hootitt. Dr.
Busch mit i. Orig.-Reiter-Dressuren.
Mstr. John Short, Champion-Springer
der Welt. Morgen, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Abend.

Restaurant

sofort für 1000 R. veräußert. Zu
erfragen Großdresdenerstr. Nr. 10,
Cigarrengeschäft. 6586

Apollo-Theater.

Heute
die 200. Aufführung
von
Frau Luna
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater,
beim „Künstlerdank“, Unter den
Linden 69, und beim „Invaliden-
dank“, Unter den Linden 24 I.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Donnerstag, den 16. November 1899:
Jubiläums-Vorstellung.
Zum 50. Male
die unverwundliche Gesangs-Burleske
Susanne im Bade.
Dazu das große Kisten-Programm.
Neu! Alberti, Krobaten-Troupe.
Neu! Kästorf, Pantomime.
Um 10 Uhr die Reiter-Hochturner
Drei Vasilecu.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.
Sonnabends nach der Vorstellung:
Gesellschaftsabend und Tanz.
Borzugsarten sind gültig
und in allen Cigarrengesch. zu haben.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Grüne Jungs.
Gesangspolke in 1 Akt von G. v.
Eugen Rossée, Minister. Elsa Messor
(prolongiert). Franziska Held. Gertrud
Bürgel.
Freitag: Familienabend.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Borzugsarten an Wochentagen gültig.
Freitag, den 17. November 1899:
Benefiz für Willi Harnisch.
„Unser Gelgeland.“ Wiederpiel
von D. Wagner.

H. Grupés Tanz-Institut.

Annenstr. 16 (früher Klubhaus).
Sonntags-Rufus per Monat 3 R.
Dienstags-Rufus per Monat 4 R.
Säle und Vereinszimmer für Ver-
sammlungen u. Festlichkeiten. [29720]

Ernestine Butke

geb. Jenke
sanft entschlossen ist.
Die Beerbigung findet am 18. Nov.,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,
Wienbergstr. aus, statt.
Dies zeigen tiefbetruert an
Die trauernden Hinterbliebenen
Carl Butke nebst Kindern.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Heute zum Schluss:
**Eine Soiree
bei Lehmanns.**
Ballets v. Mrosel.
Anf. präz. 8 Uhr.

Polyphon

Selbstspielende
Musikwerke.
zum Preise von
20MK aufwärts
liefern gegen
Monatraten
von 3Mk an
6 Monate
Garantie
Cataloge
gratis.
Bial, Freund & Co.
Breslau.

Zähne 1,50 Mk.

die besten kosten dem Zahnarzt
nur ca. 50 Pf., und zahle ich dem
100 Mark Belohnung.
der nachweist, daß die Zähne, für
die andere 3, 4 oder mehr Mark
nehmen, besser sind. Reparaturen
2 R. Umarbeit. gerodet. Gedülte
von 3 R. an. Kervitiden 1 Rf.
Jahnreigen 1 Rf. Plomben
1 Rf. ufm. 30562*

Schmerzloses Zahnziehen

1 Wt.
Langjährige Garantie!
E. Fuhrmann,
jetzt Kottbuserstr. 75, L.
früher Schmeibergstr. 245a.
Man beachte m. Sonntags-Inserat!

Uhren u. Goldwaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren
v. 10, 20, 25 M. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren
9, 12, 15 M. (1660)*
Regulator 9, 14, 20 M. etc.
G. Wagner
Skallzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zahlen doppelt.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 758*

Jugendliche Herrenhosen aus
feinsten Stoffen 9-12 Mark. Ver-
kauf nur Sonnabends und Sonntag.
Verlindhaus Germania, Unter den
Linden 21 II. 7609

Vorläufige elegante Winter-
paletots und Herrenanzüge aus
feinsten Stoffen 25-40 Mark. Ver-
kauf nur Sonnabends und Sonntag.
Verlindhaus Germania, Unter den
Linden 21 II. 7499

Winterpaletots, Anzüge, Re-
gulatoren, Remontiruhren, spottbillig
Pflandthe Reanderstraße 6. [119/20]*

Damenmäntel, Jacketts, vorzüglich
billig, verkauft Stranz, Alexander-
straße 15. 2018*

Seisfadrohr, Studrohr, Bombus.
C. P. Kramer, jetzt Wallstraße 16.

Beuten, Leppische, Steppbeide,
Gardinen spottbillig Pflandthe
Reanderstraße 6. 119/20*

Wädel, bar und Teilzahlung,
billig Frankfurter Allee 110, I. Ede
Rödingbergstraße. 1872*

Fahrad, hochlegant, Pracht-
maschine, lebendwert, sofort dringend
spottbillig. Cigarrengeschäft, Ködigs-
bergstraße 7. 148/9*

Beuten, zwei gute Stand, verkauft
sogar spottbillig Schuhmann, Wald-
emarstraße 27, vorn I. 136/13

Galbrunner, hochlegant, beste
deutsche Marke mit Garantiechein,
für jeden Preis. Chorinerstraße 46/47,
Seitenflügel parterre. 148/16

Nähmaschinen, Ringschiffen, Adler
Schneländer, ohne Anzahlung, Be-
stellung Postkarte. Besuch, Schön-
hauser Allee 163. 148/17

Reparation frankheitsvoller an
Seisfadler zu verkaufen. Kaufst. in
Seisfadler, Wilmersstraße 56, abends
6-8 Uhr. 7045

Großer Möbelverkauf.

Drantenstraße 73,
zwischen Marienplatz und Alexandrin-
straße, in meinem vier Etagen hohen
Fabrikgebäude, großes Möbel-Special-
geschäft für Wohnungs-Einrichtungen.
Praktische, welche eine dauerhafte und
billige Einrichtung kaufen wollen,
bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein
solides Lager vor Eintausf zu be-
sichtigen. Verlangen Sie mein größtes
Musterbuch gratis und franco. Durch
größere Masseneinkäufe und Ersparung
der teuren Ladenmiete bin ich im
stande, häßliche und geschmacklose
Wohnungseinrichtungen schon für 150,
200, 300, 400 Mark, hochlegant von
500 bis 10000 Mark zu liefern.
Herzliche Musterzimmer zur Ansicht.
Wohnungseinrichtungen auf Teilzah-
lung unter den günstigsten Bedin-
gungen. Beamten ohne Anzahlung.
Ganze Tapetier- und Dekorateur-
werkstatt. Brautleute erhalten hübsches
Vergold-Wedding als Zugabe. Kleider-
spind 20, Waschtische, Küchenspind 18-
Kammode 15, Spiegel 7, Tischel-
Kleiderpind 35, Sofa 30, Bettstelle
mit Matrize 18 Mark, Kuchbaum und
Mahagoni lackierte Kleiderpinden,
Vertikow 32 Mark, Kuchelbrettstelle
mit Sprungfederboden 40, elegante
Trumeaus 45 Mark, Salon-Varnitur
60, 75 und 108 Mark, Paneelsofa
mit Sattelstücken 75, Herrenschreibtisch
45, reichgeschmückte Büfett 100 Mark.
Zu ganz billigen Preisen werden die
großen Vorräte vertrieben, geveitert,
zum Teil sehr wenig benutzter Möbel
verkauft, darunter ganze Speisezimmer,
Salons und Schlafzimmer. Tägliches
Gingang gebrauchter, einfacher und
teurer Möbel. Genuße Möbel werden
3 Monate kostenfrei ausdewahrt, durch
eigene Werkstätte in die Wohnung ge-
bracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Bettstellen 9 Mark, Paneelstücken-
Sofa 50 Mark, Säulenstuhl 70 Mark,
Schlafsofa 28 Mark, Küchenspind
8 Mark, Kuchel-Kleiderpind 28 Mark,
Klammerschrank 20, Veden. [1672]*

Bettstellen mit Kuchelstücken 18,
einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten,
sowie aufgearbeitet mit neuen Bezügen.
Möbelgeschäft Anklamerstraße 20.

Oranienstraße 108.

Bierhaus
zum Erlanger, großer Mittagstisch
mit Bier 50 und 75 Pf., und Abend-
stisch zu civilen Preisen. 2278*

Privat. Mittagstisch von 12-3
Portion 35 Pf. Oranienstraße 178, I.
Damen separate Zimmer. [2348]*

Elektra, Prinzessstraße 55. Neuer
Kleiderstich und Praktikum für
Elektromonteur 1. Dezember. [2188]*

Bereinszimmer zu 50 Personen
zu vergeben, Pfefferberger Ausbauf,
Bräunerstraße 2. 653b

Bereinszimmer, auch als Jah-
stische zu vergeben, Köpnickstraße 47,
Restaurant. 654b

Hierdurch nehme ich die gegen
die Anklagen Geleinte aus-
gestohene Beileigung zurück und er-
kläre sie für ehrenhaft. H. Brese-
mann, Reichsbergerstraße 133. [1102]

Kleider für Damenschneiderei zu
sollden Preisen, Erlernen unentgeltlich.
Frau Timmermann, Badstraße 34,
I Treppe. [422]

Bereinszimmer Eimeanstraße 23,
Hilf. [2468]*

Kleiderbügel.

Tischler verlangt
Schmidt, Vangestraße 91. 650b

Kostume. Tüchtige Schneider auf
feinere Kostume französischer Genres
sinders Beschäftigung. - Redungen
mit Vorlage von Probe-Arbeit bei
Drigler u. Hidelmann, Kurze 47/48 II.

Arbeiter werden nicht mehr bei
den Erdarbeiten am Tempelhofer
Königsplatzhofe eingestellt. 136/11*

Tüchtiger Korbmacher auf grün
verlangt Vintenstraße 66. 657b

Farbige Farbmacher verlangt Stoff-
schreiberstraße 18. 655b

Barockvergoldter, tüchtiger, für
Gold und Silber, verlangt G. Patow,
Friedrichstraße 105a. 659b

Grabenreinigung verlangt Georgen-
kirchplatz 26. 148/18

Tüchtiger Farbmacher verlangt
bei gutem Lohn dauernd G. Joers,
Schillerstraße 28. [1102]*

Wamsel auf Anzüge, 7-12, auch
geteilt, verlangt Veden, Kottbuser-
Allee 53. 662b

Karton-Arbeiterinnen bei dauer-
nder, lohnender Beschäftigung verlangen
Durgheim u. Jungmann, Joachim-
straße 11. 649b

Arbeiter und Arbeiterinnen auf
Steppbeuten finden dauernde Beschäfti-
gung bei R. Schmolzer, Rosen-
straße 18/19. 136/10*

Kleidenanzug und Uebertragen-
Arbeiterinnen verlangt Dünneber,
Dolmarthstr. 21, IV. 812b

Schnur Ziepperin verlangen
von Böhlen u. Co., Krausenstraße 40.

Arbeiterinnen verlangt bei
dauernder Beschäftigung und gutem
Verdienst Josef Schmet, Wästel-
straße 11. 2408*

Wach-Hemdblusen. Tüchtige Ar-
beiterinnen auf Wach-Hemdblusen,
die bei sauberer Ausführung Kosten
liefern können, finden dauernde Be-
schäftigung zu guten Arbeitspreisen.
Redungen unter Vorlage von Probe-
arbeit bei Drigler u. Hidelmann, Kurze
straße 47/48 III. 832b

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

20 Damenhemden-Räderinnen in und auher dem Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser-Allee 167a. [1190]*

Wäscherinnen-Räderinnen, elektrischer Betrieb, verlangen v. Böhlen u. Co., Krausenstraße 40. 652b

Wäscherinnen auf geschweifte Umlegekränze in und auher dem Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser-Allee 167a. [1190]*

Gewinnblusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf wolkene und feidene Hemdblusen, die bei sauberer Ausführung Kosten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Redungen unter Vorlage von Probearbeit bei Drigler u. Hidelmann, Kurzestraße 47/48 III. 830b

Zu Arbeitsmarkt durch besondere Druckherbegehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Werkzeuge!

Brief unter obiger Chiffre betr.
Werkzeuge gesucht, liegt zur Ab-
holung auf dem Postamt. 82/14

Achtung, Holzarbeiter!

Der Sireit bei den Firmen **Karl Müller,** Schönhauser Allee, und **Abels & Co.** dauert fort.
Zugzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung!
Stockarbeiter!
Mache hierdurch bekannt, daß die
Stockarbeiter Wiens zur Erzeugung
des neuzubauenden Arbeitszuges sich
im Auslande befinden und ersuche,
den Zugang dorthin fernzuhalten.
Auch materielle Unterstützung nimmt
entgegen. [170/11]
Der Vertrauensmann:
Franz Flucke, Waterloo-Ufer 6.